

BLICKPUNKTE 02|11



Freiwillig in Sachsen-Anhalt



»BLICKPUNKTE« erscheint dreimal jährlich.

Herausgeber: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt
Wiener Straße 2 • 39112 Magdeburg

Geschäftsführerin: Dr. Gabriele Girke
Telefon: 0391 | 6293420
ggirke@mdlv.paritaet.org

Redaktion: Antje Ludwig
Telefon: 0391 | 6293505
aludwig@mdlv.paritaet.org

Grafik, Bildbearbeitung,
Satz, Layout: Frank-Michael Märtens
Telefon: 0391 | 6293301
fmmaertens@mdlv.paritaet.org

Druck: mdprint Magdeburg

© 2011 • Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt





Editorial

Vorwort

04

Landespolitik

»So weiter wie bisher?« – Eine Bewertung des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD

05

Freiwillig in Sachsen-Anhalt

Freiwillig dabei

07

Organisationen als »Nadelöhr« des Engagements

08

Bundesfreiwilligendienstes in Sachsen-Anhalt: Der erste »Bufdi« unterzeichnet

09

Die PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste

10

Freiwilligenagentur Halle: »Etwas bewegen!«

12

Freiwilligenagentur Magdeburg bietet Beratung und Information

14

»Früh übt sich ...« – Freiwilliges Engagement in der Kinder- und Jugendhilfe

16

Ehrenamtliches Engagement – Prinzip der Jugendarbeit

18

Perspektiven ehrenamtlichen Engagements in der Pflege

20

Freiwilligenarbeit aus Sicht der Behindertenhilfe

22

Freiwillig vor Ort

Aus den Regionalstellen

23

Positionen

Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder jetzt möglich?

35

»Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne«

36

Informationen

Tagungsrückblick »Region im Wandel – die Zukunft beginnt (jetzt) hier«

38

Fortbildungskurs »Fit sein zwischen Systemen« – Erfahrungen einer Kursleiterin

39

Tagungsrückblick »Junge Wilde«

41

Aktuelle Pflegestatistik: Sachsen-Anhalt mit hohem Anteil Pflegebedürftiger

43

Qualitätsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung präsentiert QM-Handbuch

44

Wildwasser e. V. Magdeburg: »Wir sind dabei ...«

45

BVIK gGmbH Köthen: Dienstleister mit »Qualitätssiegel GemeinwohlArbeit«

46

Editorial

Liebe PARITÄTERINNEN und PARITÄTER,

diese Ausgabe der BLICKPUNKTE ist wieder ein spezifisches »Themenheft« und widmet sich einer tragenden Säule unseres Verbandes - dem freiwilligen bürgerschaftlichem Engagement.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur in das Blickfeld der Politik gerückt und vielfach wissenschaftlich erforscht worden, sondern gehört mittlerweile zum positiven »Lebensgefühl« vieler Menschen in unserem Land. Etwas bewegen zu wollen, dazu gehören und nicht nur an sich selbst denken – dies sind die am häufigsten genannten Beweggründe, warum Menschen sich (neben Berufs- und Alltagsstress, familiären Verpflichtungen usw.) für Andere engagieren. Sie sind damit in unserem Verband gut und richtig aufgehoben! Der PARITÄTISCHE bietet diesem Engagement eine wichtige Plattform und rückt es in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger.

Unser Themenheft beleuchtet die unterschiedlichen Facetten bürgerschaftlichen Engagements und zeigt Chancen auf, wie soziale Arbeit durch Ehrenamtliche unterstützt und entlastet werden kann.

Mit dem Wegfall des Zivildienstes, einhergehend mit dem Wehrdienst, rückt nun der Bundesfreiwilligendienst (BFD) in den Fokus des öffentlichen Interesses. Dazu finden Sie umfangreiche Informationen in dieser Ausgabe.

Der PARITÄTISCHE hat frühzeitig auf die Klärung der Rahmenbedingungen auf der Bundesebene gedrängt. Es war absehbar, dass ein solches Vorhaben ausreichend zeitlichen Vorlauf benötigt, um Menschen dafür »aufzuschließen« und auf Fragen auch entsprechend antworten zu können. Dies hat der Bundesgesetzgeber verpasst und nun liegt es in erster Linie an den Verbänden, den BFD in die richtigen Bahnen zu lenken. Gemeinsam mit den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten möchten wir am 1. September 2011 in einer Auftaktveranstaltung die PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste vorstellen und laden alle Interessierten herzlich ein.

Liebe Leserinnen und Leser, Vorstand und Landesgeschäftsführung haben sich in den vergangenen Wochen aktiv in die Landespolitik eingebracht und Gespräche mit den Fraktionen des Landtages geführt. Gesprächsgrundlage waren dabei die Sozialziele der LIGA und der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung, den wir kritisch geprüft haben. Dabei haben wir für den PARITÄTISCHEN deutlich gemacht: eine konsequente Sparpolitik und gezielte Wirtschaftsförderung sind für unser Land wichtig – ein wichtiger Motor ist aber auch eine ausgewogene Sozialpolitik, damit Sachsen-Anhalt lebenswert bleibt.

Dafür werden wir uns auch weiterhin stark machen und brauchen Ihre Unterstützung. Sprechen Sie uns an und machen Sie Schwachstellen offen, damit wir für Sie das »Sprachrohr« sein können.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Michael Reiser



Jutta Pietsch



Wolfgang Bahn



Dr. Gabriele Girke
Landesgeschäftsführerin des
PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt
Tel.: 0391 / 6293420
ggirke@mdlv.paritaet.org

Landespolitik: So weiter wie bisher?

Eine Bewertung des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD für die Legislaturperiode 2011- 2016



»Sachsen-Anhalt geht seinen Weg« steht hoffnungsvoll über dem Koalitionsvertrag und soll Vertrauen in das Handeln der neuen/alten Landesregierung schaffen. Köpfe an wichtigen Schaltstellen haben sich geändert und auch in der Zusammensetzung des Parlamentes gab es wesentliche Veränderungen. Der PARITÄTISCHE als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege hat – neben seiner Dachverbandsfunktion – auch die Aufgabe der »Politikberatung« und ist damit wichtiger Partner sowohl für die Fraktionen des Landtages als auch für die Verwaltung.

Gibt es neue Impulse in der Sozialpolitik der Landesregierung? Unter dieser Fragestellung haben Vorstand und Landesgeschäftsführung des PARITÄTISCHEN den Koalitionsvertrag geprüft und festgestellt: überschrieben mit den gewichtigen Leitmotiven »Wachstum – Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit« macht das Papier, verglichen mit den anderen Handlungsfeldern, leider **nur wenig konkrete Aussagen zur Sozialpolitik**. Im Mittelpunkt stehen die **konsequente Haushaltskonsolidierung und Sicherung der Kommunalfinzen**. Diese Anliegen sind durchaus zu begrüßen und für die Zukunftssicherung unseres Landes immens wichtig, aber Sozialpolitik ist auch Standortpolitik und wichtiger Haltefaktor für ein lebenswertes Sachsen- Anhalt.

Der offenkundige **Zusammenhang von Armut, Abwanderung und Alterung** wird als demografisches Grundproblem für Sachsen- Anhalt nicht benannt. Sicherlich sind dies keine positiv besetzten Indikatoren für den »modernen Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt«. Es sind jedoch nicht zu ignorierende Rahmenbedingungen, mit denen muss sich Politik befassen muss! Nur eine aktive und ehrliche Auseinandersetzung, ohne bedrohliche Zukunftsszenarios, schafft Vertrauen und fordert

zum positiven Denken auf. Der PARITÄTISCHE beschäftigt sich seit Jahren mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und hat mit regionalen Zukunftskonferenzen wichtige Impulse für Lösungen in den betroffenen Regionen gesetzt.

Bezogen auf den Koalitionsvertrag ist auffallend, dass die allgemein benannten Ziele wie **»Bekämpfung von Armut«, »Chancengleichheit«, »Miteinander der Generationen«**, hinsichtlich der strategischen Umsetzung nicht ausreichend untersetzt sind. Die benannten Maßnahmen stehen dabei solitär und schaffen keine Verknüpfungspunkte untereinander.

Schwerpunkte, wie sie in der vergangenen Legislaturperiode bereits als »Sozialpolitisches Gesamtkonzept« erarbeitet wurden, sind nicht enthalten. Stattdessen wird offensichtlich ein eingegrenzter **»Landesaktionsplan«** und ein **»Arbeitsmarktpolitisches Gesamtkonzept«** geplant. Dies ist zwar zu begrüßen, es fehlt aber ein zeitlicher Umsetzungsrahmen. Weiterhin wird im Koalitionsvertrag keine Aussage zur Fortschreibung des »Armut- und Reichtumsberichtes« getätigt. Der Bericht war seitens der LIGA stets eingefordert wurden, verbunden mit dem Angebot, einen eigenständigen Kommentar als Berichtsteil mit entsprechenden Empfehlungen zu verfassen. Die durch die LIGA benannten »Sozialziele für das Land Sachsen-Anhalt« finden sich teilweise im Koalitionsvertrag wieder – die punktuelle Benennung lässt allerdings **keinen grundsätzlichen sozialpolitischen Handlungsfaden im Sinne eines Gesamtkonzeptes erkennen**.

Mit der Vorstellung der Sozialziele hat die LIGA eine wichtige Gesprächsgrundlage und Orientierung geschaffen, an welchen Indikatoren erfolgreiche Sozialpolitik gemessen werden kann. Der PARITÄTISCHE war daran maßgeblich beteiligt. In den Gesprächen mit den Fraktionen fanden die Sozialziele hohe Akzeptanz und auch die Kommunalen Spitzenverbände signalisierten ihre Zustimmung.

Die Freie Wohlfahrtspflege wird weiterhin nachdrücklich auf die Gesamtheit der sozialen Schwerpunkte hinwirken müssen – besonders auf die Sicherung sozialer Versorgungssysteme im Rahmen der Landesentwicklungsplanung. Hier gibt es große Herausforderungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen.

Dem Thema **»Bildung«** wird hinsichtlich des Umfangs und der konkreten Einzelthemen große Bedeutung beigemessen.

sen. Wir begrüßen dies ausdrücklich, weil es sich hierbei um ein zentrales Zukunftsthema angesichts des demografischen Wandels und des zu erwartenden Fachkräftebedarfs am Lebens- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt handelt. Es ist jedoch auffällig, dass beim Thema »Fachkräftebedarf/ Fachkräfteförderung« der soziale Bereich kaum berücksichtigt wird, obwohl sich hier der Fachkräftemangel im Bereich der Altenpflege und in der Kinder- und Jugendhilfe schon jetzt deutlich bemerkbar macht.

Mit der **Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf eine Ganztagsbetreuung** in einer Kindertageseinrichtung und damit der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG), wird auch eine wesentliche Forderung des PARITÄTISCHEN erfüllt. Die konkrete Umsetzung mit allen Detailfragen muss durch die Freie Wohlfahrtspflege intensiv begleitet werden. Vom Sozialministerium wird kein fertiger Entwurf für das neue Kinderförderungsgesetz vorgelegt, stattdessen wurde ein Dialogverfahren durchgeführt, in dem an mehreren Standorten offene Diskussionsrunden durchgeführt und Vorschläge zur Ausgestaltung gesammelt werden. Ein vom Grunde her unterstützenswerter Ansatz. Es ist jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt unstrittig, dass die finanziellen Handlungsspielräume absolut eng sind und die Umsetzung des ganztägigen Rechtsanspruches bereits 20 bis 30 Mio. € zusätzlich kostet. Hier werden alle Beteiligten Prioritäten setzen müssen! Parallel dazu wird eine »Expertengruppe«, auch unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege, an der Ausgestaltung des Gesetzes arbeiten.

Das Positionspapier der LIGA »Bildung von Anfang an« enthält Vorschläge zur Neufassung des KiFöG, die über den Ganztagsanspruch hinausgehen und den Schwerpunkt auf die qualitative Verbesserung der Betreuung und Bildung legt:

- Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels in den Altersstufen
- Fachpersonal
- Vor- und Nachbereitungszeiten, die unmittelbar der Umsetzung des anspruchsvollen Bildungsprogramms »Bildung elementar« dienen
- Freistellung von Leitungskräften zur Sicherung der umfangreichen Managementaufgaben in Kitas
- Fachberatung

Der Bereich »Soziales« ist zusammengeschrumpft auf zwei Seiten mit Themen wie: Familie, Kinder und Jugend, Senioren und Chancengleichheit. Hier haben die Koalitionspartner lediglich verschiedene, sowohl sozialpolitische als auch strukturelle Themen aufgezählt – ohne einen tatsächlichen Zusammenhang herzustellen. Dies ist eindeutig zu wenig, um von verantwortungsvoller Sozialpolitik zu sprechen!

Am Beschluss des Landtages zur **Neuordnung der Beratungsstellen** wird im Koalitionsvertrag festgehalten. Es muss geklärt werden, ob damit auch das von der Politik im Vorfeld zuge-

sagte »Moratorium« für die Zeit des Doppelhaushaltes 2012/13 gemeint ist. Dieser Zeitraum ist unbedingt erforderlich, um tatsächlich wirksame Empfehlungen für die Neugestaltung der Beratungslandschaft zu erarbeiten. Die LIGA hat dazu mehrfach ihre ernsthafte Bereitschaft erklärt.

Aus Sicht der Koalitionspartner wird in diesem Prozess in erster Linie das Ziel auf die Vereinfachung und Optimierung der Finanzierungsstrukturen gelegt. Möglicherweise ist damit der Weg der »Kommunalisierung« gemeint: Landesmittel werden mit oder ohne Zweckbindung über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) an die Kommunen weitergeleitet. Dies birgt große Gefahren, weil (aufgrund des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung) die Kommunen die Mittel fast beliebig einsetzen können.

Die LIGA wird zielgerichtet Einfluss nehmen, dass diese strukturellen Überlegungen mit fachlichen Empfehlungen für den Erhalt/Ausbau bzw. Anpassung einer qualitativen Beratungsstruktur ungesetzt sind, die den regionalen Erfordernissen gerecht wird. Alternativ wird seitens der LIGA an einem Modell gearbeitet, um die Landesmittel effektiver und effizienter einzusetzen.

Insgesamt muss eingeschätzt werden, dass die Freie Wohlfahrtspflege/die **Sozialwirtschaft** von der Politik noch immer nicht als tatsächlicher Wachstums- und Wirtschaftsfaktor gesehen wird. Ihre Rolle als großer Arbeitgeber, Gestalter sozialer Versorgungsstrukturen und damit Haltefaktor für das Land muss durch den PARITÄTISCHEN zukünftig noch deutlicher herausgestellt werden. Hier gibt es auch eine große Erwartungshaltung der Mitglieder an ihren Spitzen- und Dachverband.

»Schuldenbremse, Sparen und Kommunalisierung« wird die Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege bestimmen. Mit dem Grundsatz: »Deckung laufender Ausgaben aus laufenden Einnahmen« wäre eine Erhöhung der Entgelte auf Grund steigender Aufwendungen dann zukünftig fraglich. Das Land will seine Steuerungsspielräume insbesondere in der Eingliederungshilfe bei der Leistungsgestaltung intensiver wahrnehmen und den Grundsatz »ambulant vor stationär« effektiver(?) nutzen.

FAZIT

Mit den Sozialzielen für Sachsen-Anhalt hat die LIGA den richtigen Maßstab und eine wichtige Orientierungshilfe für die Gestaltung einer umfassenden Sozialpolitik vorgelegt. Es ist unstrittig, dass sowohl eine verantwortungsbewusste Sparpolitik als auch die Förderung von »Wachstumsgeneratoren« für unser Bundesland erlässlich sind. Jedoch wird daraus nur im Rahmen von Sozialzielen ein Gesamtkonzept, das gleichwertige Lebenschancen sicherstellt.

Freiwillig dabei

Kaum war die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen, signalisierten die Wohlfahrtsverbände dringenden Bedarf für die Finanzierung der Freiwilligendienste. Die Bundespolitik und Gesetzgebung lies jede Menge Zeit verstreichen... wir haben angepackt!

Generationsübergreifender Freiwilligendienst für Frauen und Männer.

Während im vergangenen Jahr die Medien noch mit starken Bildern die Zivi-Ausfall-Katastrophe ankündigten, hat der PARITÄTISCHE Vorschläge für einen Freiwilligendienst und die Verbesserung der Finanzierung der bisherigen Jugendfreiwilligendienste gemacht. Dabei ging es nicht nur um den »Ersatz«, sondern auch um die Chance für einen generationsoffenen Freiwilligendienst, wie es ihn in anderen Ländern schon seit langem gibt.

Wir übernehmen Verantwortung als Experten für Ziviles.

Uns war es wichtig, das freiwerdende gesellschaftliche Geld aus dem Wehretat für humanitäre und zivile Aufgaben zu sichern und den freiwilligen Einsatz für Alle zu öffnen. Was lag näher, als die Verbände der freien Wohlfahrtspflege mit der Umsetzung dieser Aufgabe zu betrauen – wir sind die Experten für Jugendfreiwilligendienste, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfe und Ehrenamt und wir hatten allein im PARITÄTISCHEN bundesweit Einsatzstellen für 12.000 Zivildienstleistende. Wir haben uns deshalb von Anfang an erfolgreich um die Steuerung und den Einsatz dieses neuen Freiwilligendienstes bemüht.

Aus der Mitte der Gesellschaft, statt aus einer Behörde.

Die Verbände sollten mit der Umsetzung des – viel zu spät beschlossenen – Gesetzes betraut werden. In den letzten Wochen bröckelte jedoch dieses Vorhaben Stück für Stück, die Finanzierung war bis zum Beginn im Juli dieses Jahres völlig unklar. Statt konsequenter Übergabe an die freien Träger mutierte das ehemalige Bundesamt für Zivildienst zu einer »Freiwilligenbehörde«. Wir haben rechtzeitig darauf hingewiesen, dass »zivilgesellschaftliche« Aufgaben nicht bei dieser Bundesbehörde, sondern am besten bei uns angelegt sind und diese Felder von uns schon bestellt werden – jedoch sprießt zur Zeit eher der Amtsschimmel, als dass die Ernte unserer jahrelangen Erfahrungen mit Freiwilligendiensten eingebracht werden kann.

Trotzdem - guter Start in Sachsen-Anhalt.

Was in unserer Macht steht, tun wir dafür: Wir haben die Steuerung für den neuen Freiwilligendienst als Landesverband in die Hand genommen, noch lange bevor die Behörde Regelungen getroffen hatte. Nur dadurch sind wir bereits jetzt in einer guten Startposition. Gemeinsam mit den IJGD haben wir für unsere Mitglieder Informationen bereitgestellt, um Einsatzstellen geworben, Freiwillige gewonnen. Die bürokratischen Hürden und die verzögerten Regelungen haben das erschwert, statt es zu unterstützen. Auf die freien Träger wird in jüngster Zeit hoher Erfolgsdruck ausgeübt. Aber das schreckt uns nicht ab – woher nehmen wir die Kraft dafür?

Drei gute Gründe:

Es ist die Überzeugung, dass diese Dienste für die Freiwilligen viele Chancen und Zugewinn durch gelebte Menschlichkeit bringen. Außerdem könnten hier Erfahrungen entstehen, die Lust auf einen sozialen Beruf machen. Die Einrichtungen werden durch diese Freiwilligen zusätzliche Hilfen gewähren können. Drei gute Gründe, sich für diesen »BFD« einzusetzen und in Freiwillige zu investieren. Mit dem Landesverein der IJGD haben Sie dafür einen starken PARITÄTISCHEN Partner an Ihrer Seite!

**PARITÄTISCHE
FREIWILLIGENDIENSTE
FREIWILLIG DABEI**

Es geht voran, aber wohin? Organisationen als »Nadelöhr« des Engagements

Gerne wird in Deutschland über gravierende Probleme und große Herausforderungen gesprochen. Aber es gibt auch Positives, über das es sich allemal lohnt zu sprechen. Deutschland hat ein vielfältiges und traditionsreiches Engagement seiner Bürger vorzuweisen. Rund ein Drittel der Wohnbevölkerung ist - so der Befunde des seit 1999 regelmäßig durchgeführten Freiwilligensurveys - gesellschaftlich engagiert. Und ein weiteres Drittel der Bevölkerung zeigt sich engagementbereit, ohne dass es gemeinnützigen Organisationen, gerade auch der Freien Wohlfahrtspflege, bisher aber zu gelingen scheint, dieses Engagement auch effektiv abzurufen.

Engagierte Bürger und wirtschaftliche Entwicklung

Das Engagement der Bürger hat insbesondere im Sozialbereich eine lange Tradition. Als Ehrenamt bildete es im 19. Jahrhundert den entscheidenden Ausgangspunkt für professionelle soziale Arbeit und Freie Wohlfahrtspflege. Und heutzutage ist bürgerschaftliches Engagement, d.h. der erklärte Wille der Bürger mitentscheiden und mitgestalten zu wollen, eine weit verbreitete und akzeptierte Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig wird seit einigen Jahren auch der Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und wirtschaftlicher Prosperität immer deutlicher. So hat das Ehrenamt maßgeblich die Entwicklung des wirtschaftlich hochbedeutsamen Sozial- und Gesundheitssystems und der politische Bürgerprotest die Entstehung ökologischer Wirtschaftsbranchen forciert.

Hohe Engagementquote und abgehangenes Schlusslicht

Mittlerweile können wir in Deutschland auf ein vielfältiges - ehrenamtliches, freiwilliges und bürgerschaftliches - Engagement zurückgreifen. Engagement findet in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, wobei Sport und Bewegung (10,1%) ganz oben stehen, während Schule und Kindergarten (6,9%) sowie Soziales (5,2%) mittlere Plätze auf der Attraktivitätsskala belegen. Im Hinblick auf die regionale Verteilung verstetigen sich erstens ein Süd-Nord- und zweitens ein West-Ost-Gefälle. Konkret ist das Engagement der Bürger im Süden der Republik überdurchschnittlich und in Ostdeutschland unterdurchschnittlich, wobei die Engagementquote in Sachsen-Anhalt mit 26% rückläufig und aktuell rund 10% unter dem Bundesdurchschnitt von 36% liegt. Sachsen-Anhalt bildet damit im Jahr 2009 das Engagementschlusslicht aller Bundesländer.

Eigeninteresse und Gemeinwohl

Betrachtet man die individuelle Seite des Engagements der Bürger eingehender, so fällt die enge Verknüpfung von Eigen- und Gemeinwohlinteressen auf. Der Wille zur Selbstverwirklichung geht bei Engagierten einher mit einem ausgeprägten Interesse an Gemeinwesen und Gemeinschaft. Die Hauptgruppe des Engagements bilden Familien Erwerbstätiger mit Kindern im Haushalt. Zwischen beruflicher und sozialer Integration einerseits sowie Engagement andererseits besteht



Holger Backhaus-Maul, wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Foto: David Ausserhofer

ein starkes Bedingungsgefüge. Bezogen auf einzelne Altersgruppen verzeichnet der aktuelle Freiwilligensurvey einen Rückgang des Engagements Jugendlicher auf die Engagementquote des Bevölkerungsdurchschnitts, während bei Menschen in der Altersgruppe der 60-69 Jährigen ein kontinuierlicher Anstieg auf 26% zu verzeichnen ist.

Organisation und Innovation

Für das Bürgerengagement sind Organisationen ausschlaggebend. Nach wie vor findet das Engagement der Bürger in Organisationen, klassischerweise zumeist in traditionellen Vereinen, statt. Gleichzeitig sind es Organisationen, denen es nicht zu gelingen scheint, das latente Engagementpotenzial der Bevölkerung in angemessener Art und Weise abzurufen. Die Organisationen des Engagements, allen voran die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihre Mitgliedsorganisationen sowie Dienste und Einrichtungen, stehen vor der großen Herausforderung attraktiv für engagementbereite Bürger zu sein. Allein schon um den vielschichtigen Interessen engagementbereiter Bürger gerecht zu werden, wären insbesondere Ansprechpartner und Tätigkeitsbeschreibungen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Engagierte in der Freien Wohlfahrtspflege unabdingbar. Will die Freie Wohlfahrtspflege ihrem Selbstverständnis gemäß Engagement als Ressource erschließen, so müssten derartige organisatorische Innovationen heutzutage ganz oben auf der verbandpolitischen Agenda stehen.

Start des Bundesfreiwilligendienstes: Der erste »Bufdi« unterzeichnet

Ob René Thrömer als »Bufdi« bezeichnet wird, als »BFDler« oder einfach als Freiwilliger, spielt keine Rolle: Denn für den 24-jährigen Magdeburger steht nicht die Bezeichnung seines Engagements im Vordergrund, sondern vielmehr die berufliche Neuorientierung.



René Thrömer ist einer der ersten - vielleicht sogar der erste Freiwillige in Sachsen-Anhalt, der eine der bis zu 1000 weggefallenen Zivildienststellen besetzen wird. Anders als beim Zivildienst steht der Dienst nicht nur männlichen Jugendlichen zur Verfügung. Er ist geschlechter- wie generationsübergreifend angelegt und bietet daher Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen die Möglichkeit sich zu engagieren.

In Sachsen-Anhalt hat der PARITÄTISCHE gemeinsam mit den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (ijgd) den neuen Dienst etabliert, auch um den Bedarf an Hilfskräften in gemeinnützigen Einrichtungen zu decken.

Der Dienst bietet Bewerbern aber auch eine Chance, mal etwas anderes zu machen, sich neu zu orientieren und nicht zuletzt: etwas für andere zu tun.

René Thrömer, der diese neue Ära in Sachsen-Anhalt einleitet, blickt zuversichtlich in die Zukunft. Der gelernte Kaufmann möchte Erzieher werden und nutzt seine Arbeit im Bildungs-

und Freizeitzentrum in Wolmirstedt (BFZ) als sozialpädagogisches Vorbereitungsjahr für seine Ausbildung.

Dass Thrömer sich bewusst für diesen Schritt entschieden hat, liegt ihm sehr am Herzen. Nicht ohne Grund habe er seinen bisherigen Arbeitsplatz aufgegeben und einen harten finanziellen Einschnitt in Kauf genommen. Die Arbeit in Wolmirstedt ist für ihn weniger Beruf, sondern vielmehr Berufung und genau darin besteht wohl der größte Unterschied zwischen BFD und Zivildienst: während Zivildienstleistende einen Dienst ableisten mussten, arbeiten BFDler freiwillig und mit Überzeugung.

Qualität, statt Quantität, so wünscht es sich auch der Geschäftsführer der Gemeinnützigen PARITÄTISCHEN INTEGRAL Gunther Schöndube, der das Bildungs- und Freizeitzentrum Wolmirstedt und drei weitere gemeinnützige Einrichtungen betreibt, denn engagierte Mitarbeiter leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Einrichtungen wie dem BFZ.

Auch ein wenig stolz ist man in der Geschäftsführung, dass sich der erste Freiwillige für eine Einrichtung der Gemeinnützigen PARITÄTISCHEN INTEGRAL entschieden hat und hofft, dass noch weitere engagierte Frauen und Männer folgen werden. Dass René Thrömer das richtige tut, weiß er genau, schließlich habe er seine Berufung gefunden; da ist es auch egal, ob als »BFDler«, Freiwilliger oder doch als »Bufdi«.

Freiwillig in Sachsen-Anhalt

Es kann jedem passieren,



...dass er im Leben Hilfe braucht.

Dann freut man sich, wenn es engagierte Menschen gibt,
die ihre Zeit gern anderen schenken.

DER PARITÄTISCHE
SACHSEN-ANHALT
FREIWILLIGENDIENSTE

ijgd
SACHSEN-ANHALT
FREIWILLIGENDIENSTE

Die PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste

Mit Wirkung zum 01.07.2011 wurde die Wehrpflicht und damit einhergehend, der Zivildienst ausgesetzt. An die Stelle des Zivildienstes tritt der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat bereits Anfang des Jahres die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd), die in Sachsen-Anhalt bereits fast 20 Jahre das Freiwillige Soziale Jahr im Auftrag des PARITÄTISCHEN durchführen, mit dem Aufbau, der Koordination und Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes beauftragt.

Unter dem Titel »PARITÄTISCHE Freiwilligendienste« führen die ijgd für den PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt das FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) und nun auch den Bundesfreiwilligendienst (BFD) durch. Der BFD ist dabei in erster Linie als Ersatz für die wegfallenden Zivildienstplätze gedacht, ein BFD Platz kann aber auch von jeder anderen gemeinwohlorientierten Einrichtung unter dem Dach des PARITÄTISCHEN eingerichtet werden.

Die Jugendfreiwilligendienste sind sogenannte Lern- und Bildungsdienste, die den Jugendlichen neben gesellschaftlichem Engagement auch Raum für berufliche Orientierung und Selbstfindung bieten sollen. Sich ein Jahr freiwillig zu engagieren eröffnet jungen Menschen neue Erfahrungshorizonte und die Möglichkeit, Gemeinschaft mit zu gestalten, kreativ zu sein, herauszufinden wo die eigenen Stärken und Schwächen liegen, sowie neue Kulturen zu entdecken, um so vielfältige Anregungen für das künftige Leben zu erzielen.

Der neu eingeführte Bundesfreiwilligendienst (BFD) orientiert sich direkt an den Jugendfreiwilligendiensten und versteht sich wie diese als Lern- und Bildungsdienst. Im BFD können sich Freiwillige ab dem 16. Lebensjahr und nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht engagieren. Anders als in den Jugendfreiwilligendiensten bietet der BFD aber auch die Möglichkeit für Ältere (über 27 Jahren) sich z.B. im Rahmen einer Halbtags-tätigkeit zu engagieren.

Der BFD kann im Rahmen der PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste in Sachsen-Anhalt im sozialen, politischen, denkmalpflegerischen oder ökologischen Bereichen als praktische Hilfstätigkeit geleistet werden. Die Einsatzfeldern sind in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, insbesondere in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, außerschulische Jugendbildung und Jugendarbeit, in Einrichtungen der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, der Behindertenhilfe, der Kultur- und Denkmalpflege, des Sports, des

Freiwillig in Sachsen-Anhalt

Zivil- und Katastrophenschutz und in Einrichtungen des Umwelt- bzw. Naturschutzes liegen. Für Freiwillige im Alter von im Alter von 16 bis 27 Jahren ist eine Vollzeitbeschäftigung bei einer Dauer von 12 Monaten vorgesehen. Ab dem vollendeten 27. Lebensjahr ist ein BFD auch in Teilzeit à 20 Std./Woche mit einer Dauer von mindestens 6 Monaten bis 24 Monaten möglich.

Wie bei den Jugendfreiwilligendiensten gibt es im BFD einen Anspruch auf 26 Urlaubstage bei einer 12-monatigen Tätigkeit, monatliches Taschengeld, Zuschuss zur Verpflegung, Kindergeld bis zum 25. Lebensjahr und begleitende, verpflichtende Bildungstage (25 Tage bei Freiwilligen unter 27 Jahren, 12 Tage bei Freiwilligen über 27 Jahren in Teilzeitbeschäftigung).

Wie werde ich Einsatzstelle im BFD?

Alle Einsatzstellen im BFD müssen vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Bonn als Einsatzstelle anerkannt werden. Die Mindestvoraussetzungen für die Anerkennung sind, dass die Einrichtungen gemeinwohlorientiert sind und eine Betreuung/ Anleitung der Freiwilligen durch eine Fachkraft sicherstellen können. Einrichtungen, die im Rahmen des PARITÄTISCHEN Einsatzstelle im BFD werden wollen, müssen ferner eine Bindungserklärung an den PARITÄTISCHEN unterschreiben.

Einrichtungen, die bereits anerkannte Einsatzstelle im Zivildienst waren sind automatisch anerkannte Einsatzstellen im BFD und benötigen keine neuerliche Anerkennung. Sie müssten uns lediglich die Bindungserklärung und eine kurze Beschreibung des Arbeitsfeldes für den Freiwilligen zusenden. Neue Einrichtungen, die noch nicht im Zivildienst tätig waren, müssen den Antrag auf Anerkennung ausfüllen, die Bindungserklärung unterschreiben und ein Tätigkeitsprofil für den Freiwilligen erstellen und senden dann alle Unterlagen an unsere Koordinierungsstelle für die PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste bei den ijgd (Adresse s. unten). Wir leiten alle notwendigen Unterlagen an das Bundesamt weiter. Sobald uns die Anerkennung durch das Bundesamt und die anderen Unterlagen vorliegen, erhalten die Einrichtungen die ersten Vermittlungsvorschläge von interessierten Freiwilligen.

Wie werde ich Freiwillige/ Freiwilliger im BFD?

Wenn Sie interessiert sind sich als Freiwillige/ Freiwilliger im Bundesfreiwilligendienst zu engagieren, müssen Sie einen vorgefertigten Bewerbungsbogen ausfüllen und uns diesen gemeinsam mit zwei Passbildern zusenden. Wir nehmen Sie in unsere Vermittlungskartei auf und suchen für Sie eine geeignete Einsatzstelle. Sobald sie eine geeignete Einsatzstelle gefunden haben, fertigen wir für den Vertrag für ihren Einsatz, der zwischen ihnen und dem Bundesamt abgeschlossen wird.

Kosten und Leistungen

Die Freiwilligen erhalten im BFD ein Taschengeld/ Verpflegungskostenzuschuss bei Vollzeittätigkeit von € 350,00. (Bei geringerer Stundenzahl des Einsatzes wird entsprechend weniger Taschengeld/Verpflegungskostenzuschuss gezahlt). Die Sozialversicherungskosten werden zu beiden Teilen von dem Träger/ Einsatzstelle übernommen.

Die Einsatzstellen beteiligen sich an den Kosten eines BFD-Platzes mit einem Betrag zwischen € 300,00 (bei Vollzeittätigkeit) und € 150,00 (bei Halbtags-tätigkeit).

Wir freuen uns, dass wir bereits zum 01.07.2011 die ersten Freiwilligen des BFD in Einrichtungen des PARITÄTISCHEN begrüßen konnten.

PARITÄTISCHE FREIWILLIGENDIENSTE FREIWILLIG DABEI

Kontakt und Information:

ijgd Regionalbüro Magdeburg

Koordinierungsstelle PARITÄTISCHE Freiwilligendienste
Schleiufer 14 • 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 | 5096898-16

Fax: 0391 | 5096898-9

eMail: bfd.lsa@ijgd.de

Ansprechpartner:

Andreas Hohenberg,
0391 | 5096898 -16,
andreas.hohenberg@ijgd.de

Heiko Moschner,
0391 | 5096898 -17,
heiko.moschner@ijgd.de

Freiwillig in Sachsen-Anhalt

Ansprechpartner:
Olaf Ebert
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. • Leipziger Str. 37 • 06108 Halle (Saale)
Tel.: 0345 | 200 34 11 • olaf.ebert@freiwilligen-agentur.de
www.freiwilligen-agentur.de



Vorlesepaten lesen in Horten oder Kitas vor und wecken Lust auf Bücher und am Selberlesen. Leselernpaten unterstützen ein Grundschulkind beim Lesenlernen. Das Projekt »Lesewelt Halle« gibt es seit 2003. Aktuell sind fast 40 ehrenamtliche Vorlesepaten aktiv.

»Freiwillig. Etwas bewegen!«

Die Freiwilligen-Agentur Halle fördert seit 12 Jahren bürgerschaftliches Engagement in der Region Halle. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement – den meisten Engagierten kommt es weniger auf den Titel an als auf das, was sie tun: sich freiwillig für eine gute Sache einbringen, die anderen und ihnen selbst Freude macht und Sinn bringt.

So vielfältig die Interessen und Beweggründe engagierter Menschen sind, so vielseitig müssen die Angebote zur Mitwirkung gestaltet werden. Die Freiwilligen-Agentur Halle hat dazu mit einem großen Netzwerk an Vereinen, Institutionen und Unternehmen gemeinsam Projekte entwickelt, die das gesellschaftliche Engagement erweitern und die Region Halle beleben.

Unter Beteiligung vieler regionaler Mitglieder wie dem PARITÄTISCHEN wurde der Verein Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. im Jahr 1999 gegründet und hat seitdem mit vielen Partnern in der Region Halle gemeinsame Vorhaben umgesetzt. Einige ausgewählte Aufgabenschwerpunkte und Projekte zur Engagementförderung werden im Folgenden vorgestellt, einen vollständigen Überblick bietet die homepage www.freiwilligen-agentur.de.

Information und Vermittlung engagierter Bürgerinnen und Bürger

Mit der Engagement-Beratung richtet die Freiwilligen-Agentur ihre Angebote sowohl an interessierte Bürgerinnen und

Bürger als auch an Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten (möchten). Aus über 250 Tätigkeiten, z. B. aus den Bereichen Kultur, Soziales, Sport oder Umweltschutz, können Interessierte eine Aufgabe wählen, die ihnen Spaß macht und die zugleich einen Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leistet. Sie erhalten ausführliche Informationen zu Art und Umfang des Engagements, wichtigen Rahmenbedingungen und konkrete Kontaktdaten zur gewünschten Organisation. Tätigkeitsfelder wie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und der Sozialbereich sind dabei besonders gefragt. Um die Aktualität der Angebote zu gewährleisten und die Einsatzstellen bei ihrem Freiwilligenmanagement zu unterstützen, berät die Freiwilligen-Agentur fortlaufend ihre Mitgliedsorganisationen und Netzwerkpartner.

Initiierung innovativer Engagementprojekte

Über die kontinuierliche Beratungsarbeit hinaus reagiert die Freiwilligen-Agentur mit der Entwicklung neuer Projekte auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, die neue Formen, Inhalte und Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements erfordern. Dazu gehören beispielsweise

Projekte wie Vorlese- und Leselernpaten oder Sozialpaten. Um Patenschaftsprojekte in Halle zu stärken, wurde von der Freiwilligen-Agentur ein trägerübergreifendes Patenschafts-Netzwerk ins Leben gerufen. Am 20. September findet im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligen Tätigkeiten 2011 eine Engagementwerkstatt zum Thema Patenschaften statt. Nähere Infos zum Patennetzwerk unter www.patenschaften-halle.de.



»Engel für einen Tag«: Der Freiwilligentag am 17. September 2011

Bereits zum 7. Mal veranstaltet die Freiwilligen-Agentur gemeinsam mit dem PARITÄTISCHEN den Freiwilligentag in Halle, diesmal unter dem Motto »Freiwillig. Etwas bewegen!«.

Der Freiwilligentag ist eine einmalige Gelegenheit, einen Tag lang die eigenen Fähigkeiten in den Dienst einer guten Sache zu stellen und mit Freude und Spaß anderen Menschen zu helfen. Nach den großen Erfolgen in den vergangenen Jahren werden in diesem Jahr mehr als 700 Aktive in über 50 Mitmachprojekten erwartet: z.B. bei Renovierungs- und Verschönerungsarbeiten in Kitas und Grundschulen, beim Bau von Hochbeeten oder Katzen-Kuschelhöhlen, beim Plausch auf der Gartenbank mit Senioren oder einem Ausflug in die Marktkirche mit Rollstuhlfahrern. Weitere Infos und Anmeldungen auf www.freiwilligentag-halle.de

Engagement von und für Unternehmen

Eine Brücke zwischen sozialen Einrichtungen und Unternehmen schlägt das Projekt »MitWirkung!«. Hier werden Auszubildenden, Fach- und Führungskräften Engagementmöglichkeiten und Lernprogramme zur Stärkung sozialer Kompetenzen geboten. Die Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter können in andere Lebenswelten »eintauchen« und Lernerfahrungen sammeln, die zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und wichtiger Schlüsselkompetenzen für die berufliche Alltagspraxis beitragen.

Als »soziale Lernorte« sind hier Einrichtungen des PARITÄTISCHEN beteiligt, z.B. eine Tagesstätte für psychisch Kranke in Leuna. Führungskräfte können hier den Umgang mit psychisch kranken Menschen kennen lernen und erfahren, wie Betroffene gegen Stigmatisierung kämpfen.



Armut und Überschuldung sind ein vielschichtiges soziales Problem. In Zusammenarbeit mit sozialen Beratungsstellen bieten ehrenamtliche Sozialpaten Hilfe an. Im Mittelpunkt der Unterstützung und Begleitung stehen das Entwickeln von Lösungsmöglichkeiten und die Stärkung der Eigeninitiative. Das Projekt wird inzwischen landesweit in Halle, Bitterfeld-Wolfen, im Burgenlandkreis, in Dessau-Roßlau und in den Landkreisen Jerichower Land und Nordharz umgesetzt. Nähere Infos unter www.sozialpaten-lsa.de



Einsatz einer Führungskraft der Volksbank Halle (Saale) eG in einem halleschen Seniorenheim.



Beratung zu ehrenamtlichen Tätigkeiten im »Beratungsladen«

Freiwillig in Sachsen-Anhalt



Freiwilligenagentur Magdeburg bietet Beratung und Information

Die Freiwilligenagentur ist Informations- und Beratungsstelle zu allen Fragen ehrenamtlichen Engagements, unterstützt engagementbereite Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen bei der Suche nach einem geeigneten Tätigkeitsfeld und kooperiert mit gemeinnützigen Trägern aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die ehrenamtliche Unterstützung suchen. In individuellen Gesprächen werden Interessierte kompetent über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in den unterschiedlichen Einsatzfeldern informiert und beraten, um genau das Engagementfeld zu finden, das am besten ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht.

Gemeinnützige Organisationen erhalten Hinweise und Anregungen zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, um Angebote zu erweitern und neue

Zielgruppen anzusprechen. Die Freiwilligenagentur unterstützt Vereine, Einrichtungen und Initiativen bei der Suche nach Ehrenamtlichen, die für die jeweiligen Aufgabenfelder geeignet sind.

Freiwilligenagentur Magdeburg

Einsteinstraße 9 39104 Magdeburg

Telefon 0391 | 5 49 58 40

Telefax 0391 | 5 49 58 41

info@freiwilligenagentur-magdeburg.de

www.freiwilligenagentur-magdeburg.de

Beratungszeiten: dienstags und donnerstags,
jeweils 10:00 bis 18:00 Uhr, sowie nach Vereinbarung

Info-Netz Magdeburg

Ein wichtiges Ergebnis der Netzwerkarbeit ist das Info-Netz Magdeburg. Nicht alle BesucherInnen der Freiwilligenagentur sind auf der Suche nach einem Engagementfeld, sondern benötigen andere Hilfe und Unterstützung bei ganz unterschiedlichen Anliegen. Um auch diesen Ratsuchenden weiterhelfen zu können, erarbeitete die Freiwilligenagentur die Online-Datenbank Info-Netz Magdeburg.



Über eine einfache Suchfunktion können Interessierte aktuelle Informations-, Beratungs- und Hilfsangebote aufrufen. Gemeinnützige Organisationen können ihre Angebote kostenfrei eintragen lassen.

www.info-netz-magdeburg.de

»Lernen ist toll!«

Unterstützung ehrenamtlicher Lern-Paten und -Patinnen

Ehrenamtliche Lern-Patinnen und -Paten bieten Kindern im Grund- und Sekundarschulalter individuelle Lernunterstützung, indem sie zum Lernen motivieren, zusätzliche Spiel- und Förderangebote in den Nachmittagsstunden organisieren oder »ihren« Kindern bei der Erledigung der Hausaufgaben hilfreich zur Seite stehen. Der Einsatz der Freiwilligen erfolgt in Grund- und Sekundarschulen, Horten oder Freizeiteinrichtungen in enger Abstimmung mit den pädagogischen Teams.

Die Freiwilligenagentur berät interessierte Freiwillige über mögliche Einsatzfelder als Lern-Patin oder -Pate und vermittelt sie in geeignete Einrichtungen. Schulen, Horten oder Freizeiteinrichtungen können ihren Bedarf in aktuellen Tätigkeitsprofilen melden und erhalten Unterstützung bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement. Regelmäßige Fortbildungsangebote zu praxisnahen Themen und Austauschtreffen ermöglichen den Lern-Patinnen und -Paten eine einsatzfeldbezogene Vorbereitung und Qualifizierung.



Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote

Die Freiwilligenagentur organisiert Qualifizierungsangebote und Veranstaltungen für ehrenamtlich Engagierte und gemeinnützige Organisationen im Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement.

Zu den Angeboten zählen zielgruppen- und themenspezifische Fortbildungen sowie regelmäßige lokale und überregionale Austauschmöglichkeiten für Freiwillige in ähnlichen Tätigkeitsfeldern (z.B. für Lern-, Lese- und Familienpatinnen und -paten). Freiwillige und Kooperationspartner können Themenvorschläge für Veranstaltungen unterbreiten.

Die Freiwilligenagentur bietet Qualifizierungen zum Freiwilligenmanagement für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vereinen, Verbänden und Institutionen.

Ein besonderes Fortbildungsangebot zu vereinsrelevanten Themen bietet das jährliche Magdeburger Vereinsforum. Viele Qualifizierungsangebote finden in Kooperation mit regionalen und landesweiten Bildungsträgern statt.





Früh übt sich – Freiwillige und ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendhilfe

Freiwillige und Freiwilligenarbeit sind in der Sozialen Arbeit bedeutsame Unterstützer und Begleiter – ohne sie ist manches in der Jugendhilfe und ihren Arbeitsbereichen nicht denkbar.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie werden vielleicht überrascht sein, aber ich fang' mal bei mir selbst an ...



Mit 14 Jahren habe ich mit Freunden einen Jugendclub in unserem Kiez/Stadtteil fast täglich besucht. Neben dem schulischen und familiären Alltag war dies in dieser Lebensphase der wichtigste Aufenthaltsort. Hier traf ich alle Leute, mit denen ich zu tun hatte und zu tun haben wollte. Der Jugendclub wurde von mehreren Hauptamtlichen geleitet. Die Angebote waren gemeinsam mit den Jugendlichen abgestimmt. Neben meinen Freundinnen und Freunden waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll cool. Die waren anders als andere Erwachsene, die verstanden die Probleme und Schwächen der Jugendlichen und die hatten einen tollen Arbeitsplatz. Während andere Erwachsene eher spießig und konventionell wirkten und sich auch so benahmten, hörten die Mitarbeiter des Jugendclubs z. B. die gleiche Musik wie ich und meine Freunde. Und dann sprang der Funke über. Zunehmend übernahmen meine Freunde und ich Aufgaben im Jugendclub: wir unterstützen Aktionen, beteiligten uns verantwortlich bei der Disco, organisierten Kindernachmittage, usw. Dies entwickelte sich bis dahin, dass wir Freizeiten begleiteten und die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter uns bei der Planung einbezogen. Wir gehörten dazu. Wir kannten alle Jugendlichen im Stadtteil und wir planten und machten was gemeinsam. Wir hatten Spaß, waren motiviert und konnten andere mit unseren Ideen begeistern.

Dann kam die Frage, was willst Du mal werden und ich begann ein Vorpraktikum – ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Gemein-

dearbeit und später besuchte ich eine Erzieherfachschule und begann in der Heimerziehung zu arbeiten. – Das ist mittlerweile mehr als 30 Jahre her!

Über die Freiwilligenarbeit habe ich den Zugang zur Sozialen Arbeit gefunden. Die Menschen, die mich in dieser Zeit begleiteten, gaben mir Unterstützung, achteten darauf, dass ich nicht überfordert werde und schulten mich für die Einsätze. Es gab aber auch klare Abgrenzungen. Manchmal hätte ich gern mehr gemacht und wichtigere Aufgaben übernommen, dies wurde mir von den Profis untersagt.

Freiwillige, ja, dazu stehe ich, sind für die Soziale Arbeit, für eine Gesellschaft, die soziale Teilhabe, Ehrenamt und Zivilcourage entwickeln will, unverzichtbar. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung, sie sind ein bedeutender Faktor im sozialen Gemeinwesen.

Sich in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit, den Hilfen zur Erziehung, in der Familienarbeit, Familienbildung sowie der frühkindlichen Bildung, in Kindertagesstätten usw. freiwillig ehrenamtlich zu engagieren ist auf vielfältige Art und Weise für unterschiedliche Altersgruppen möglich. Zu nennen wäre hier z. B., die ehrenamtliche Arbeit in Vorständen, bei besonderen Aktivitäten, wie Ferienfreizeiten, Spielnachmittagen oder bei dauerhaften Angeboten, wie z. B. Lesestunden in Kindertagesstätten oder auch die handwerkliche Unterstützung bei Umzügen.

Die Einsatzorte und die damit verbundenen Aktivitäten bedürfen einer intensiven Abstimmung mit den hauptamtlichen Personen, sprich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Leitungskräften und Geschäftsführerebenen und nicht zu letzt mit den Menschen, die davon profitieren sollen – also den Kindern, Jugendlichen und Familien.

Neben allen versicherungstechnischen Fragen, die beim Einsatz von freiwilligen Akteuren zu beachten sind – ist in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe das sogenannte Fachkräftegebot nach § 72a Persönliche Eignung SGB VIII besonders zu beachten. Demzufolge ist der Einsatz, die Aufgabe und die damit verbundene Verantwortung von einer Fachkraft deutlich abgegrenzt. So ist es z. B. Heilerziehungs-



pflegern, die bekannter Maßen eine Ausbildung besitzen, aufsichtsrechtlich nicht gestattet, alleine in einer Einrichtung/ Gruppe Dienst tun zu dürfen. Ebenso müssen Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe bzw. die, die dort arbeiten wollen, ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen und das gilt mittlerweile auch für Menschen, die sich freiwillig/ehrenamtlich in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe für einen längeren Zeitraum engagieren. Wenn ich die frühen Jahre meines freiwilligen Engagements bedenke, so hatte ich eine gute Zeit. Die Personen, die hauptamtlich in dem Jugendclub beschäftigt waren, achteten darauf, dass das von mir gezeigte Engagement gepflegt und geachtet wurde. Neben der Anerkennung wurde ich für Aufgaben geschult.

Dies geschieht heute auch: In Sachsen-Anhalt gibt es z.B. die JULEICA, die Jugendleitercard für jugendliche Freiwillige, die Qualifizierung für Familienlotsen oder die intensive Schulung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Telefonseelsorge usw.. Das heißt, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement bedarf neben der Motivation der Beteiligten, gezielte und qualifizierte Vorbereitung und Begleitung durch Hauptamtliche. Insofern müssen sich die Einsatzstellen bewußt sein, dass ehrenamtliches Engagement eine Investition bedeutet. Diese Investition muss gepflegt und fortlaufend begleitet und qualifiziert werden.

Nicht selten beobachten wir in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe eine Überforderung des Ehrenamtes. Zum Teil aus falschverstandenen Motivationen derjenigen, die sich engagieren wollen, aber auch durch falsche Signale z.B. aus der Politik. Die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe sind professionelle Arbeitsbereiche. Fachkräfte in diesen Arbeitsgebieten benötigen Fachschul-, Fachhochschul- oder Universitätsabschlüsse und in den meisten Bereichen auch umfangreiche Zusatzqualifikationen.

Ein Einsatz von Ehrenamtlern bzw. Freiwilligen muss in mehrfacher Hinsicht gut bedacht sein:

- Passen die Personen in das Arbeitsfeld, was können Ehrenamtler konkret einbringen?
- Welche Vorkenntnisse über die Zielgruppe und das Aufgabengebiet bestehen?
- Wo und in welcher Form muss eine Abgrenzung der Aufgaben zwischen Ehren- und Hauptamt erfolgen?
- Welche vorbereitenden Hilfen sind geboten, um die Freiwilligen zu schützen und den Träger bzw. die Einsatzstelle nicht zu schädigen?
- An welchen Aufgaben dürfen Ehrenamtler nicht einbezogen werden, um professionelle Arbeitsfelder zu gefährden?

Dieser kleine Fragenkatalog sollte auf jedes Aufgabenfeld in der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf Freiwilligentätigkeit geprüft werden. Ehrenamtliches Engagement und Freiwilligenarbeit darf nicht aus Sparzwängen professionelle Arbeitsbereiche unterlaufen, die Gefahr ist besonders in der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbegleitung gegeben. Ebenso müssen Freiwillige vor einer Aufgabenüberforderung geschützt werden, sonst verliert das Ehrenamt seinen Anreiz und die Menschen werden enttäuscht. Ehrenamtliches Engagement kann dazu führen, dass Menschen sich für soziale Arbeitsfelder interessieren und sich für einen sozialen Beruf entscheiden. Dies kann nur dann geschehen, wenn ihre Motivationen aufrecht erhalten werden und sie nicht vorher »verbrennen«.



Ehrenamtliches Engagement – Prinzip der Jugendarbeit

Ehrenamtlichkeit ist eines der konstituierenden Prinzipien in der Jugendarbeit (§ 11 Abs.1 Satz 2 SGB VIII). Sie ermöglicht es, solidarisches Handeln einzuüben, sich soziale Kompetenzen anzueignen und Verantwortung zu übernehmen.

Gleichzeitig können diese Mitarbeiter in ehrenamtlichen Strukturen ihre Interessen und Bedürfnisse politisch vertreten und transportieren. Damit leistet ehrenamtliches Engagement eine für unsere demokratische Gesellschaft wichtige Sozialisationsfunktion. Der Förderung des ehrenamtlichen Engagements kommt somit eine Schlüsselfunktion zu.

Jugendarbeit lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Jugendlicher und Erwachsener. Das plurale und vielfältige Angebot der unterschiedlichen Träger von Jugendarbeit wäre ohne diesen Einsatz nicht möglich. Ehrenamtliche Mitarbeiter erarbeiten sich wertvolle persönliche und soziale Kompetenzen. Vor allem die verbandliche Jugendarbeit ist in hohem Maße darauf angewiesen, kontinuierlich aus dem Kreis ihrer jüngeren Mitglieder den Nachwuchs für ehrenamtliche Leitungsfunktionen zu gewinnen.

Gleichwohl hat sich ehrenamtliches Engagement mit den Jahren verändert. Z.B. Jugendleiterinnen und Jugendleiter engagieren sich immer stärker punktuell und zeitlich beschränkt für Aktionen oder Maßnahmen. Der kontinuierliche und langjährige Einsatz für eine ehrenamtliche Aufgabe geht zurück. Soziale und emotionale Schlüsselqualifikationen, wie sie nur durch das Ehrenamt vermittelt werden können, gehen verloren.

Zusammengefasst: Demokratische Strukturen und demokratisches Leitungsverständnis ermöglichen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen größtmögliche Mitbestimmung und Partizipation. Freiwilligkeit der Teilnahme ermöglicht zweckfreies und selbst bestimmtes Engagement. Selbstorganisation bedeutet Angebote von Jugendlichen für Jugendliche, in der Regel ehrenamtlich organisiert, nach den eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Verbandliche Jugendarbeit leistet damit wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben und unterstützt wichtige Entwicklungsaufgaben. Als Übungs- und Lernfeld ist verbandliche Jugendarbeit der ideale Ort, um soziales Verhalten und soziale Kompetenzen zu erlernen. Ohne hauptamtliche Unterstützung ist das kaum mehr möglich. Gleichzeitig ist das Prinzip der Ehrenamtlichkeit ein wichtiges Kennzeichen der Verbandsarbeit.

Ohne ehrenamtliches Engagement ist Verbandsarbeit nicht leistbar

Hauptamtliche MitarbeiterInnen bilden vielfach einen Kristallisationskern für ehrenamtliches Engagement junger Menschen. Sie sichern Strukturen und Freiräume, sie entlasten

Ehrenamtliche von ungeliebten Aufgaben (z.B. Verwaltungstätigkeiten) und begleiten sie bei der Lösung von schwierigen Situationen.

Die positive Wirkung hauptamtlicher MitarbeiterInnen hinsichtlich der Aktivierung ehrenamtlichen Engagements setzt jedoch ein Selbstverständnis der Organisation voraus, das nicht durch eine starke Angebotsorientierung und Programmsteuerung geprägt ist.

§ 73 SGB VIII Ehrenamtliche Tätigkeit

In der Jugendhilfe ehrenamtlich tätige Personen sollen bei ihrer Tätigkeit angeleitet, beraten und unterstützt werden.

Arbeitsinhalte verbandlicher Jugendarbeit

Die Fülle des möglichen ehrenamtlichen Engagements in der Kinder- und Jugendarbeit ist schier unüberschaubar.

Als Beispiele seien hier genannt:

- Mitarbeit in und Leitung von Kinder- und Jugendgruppen sowie Freizeiten (Jugenderholungsmaßnahmen)
- Mitverantwortung und Selbstverwaltung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Durchführung zeitlich befristeter Projekte
- Durchführung von Bildungsveranstaltungen und Mitarbeiter-Schulungen
- Gremienarbeit
- Treffen von Jugendleiterinnen und Jugendleitern
- Gestaltung von Arbeitskreisen
- Politische Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen
- Durchführung öffentlicher Aktionen zu bestimmten Themen
- Stellungnahmen bei Verstößen gegen Bestimmungen des Jugendschutzes

Strukturelle Rahmenbedingungen müssen flexibler werden. Ehrenamtliches Engagement benötigt flexible Strukturen,



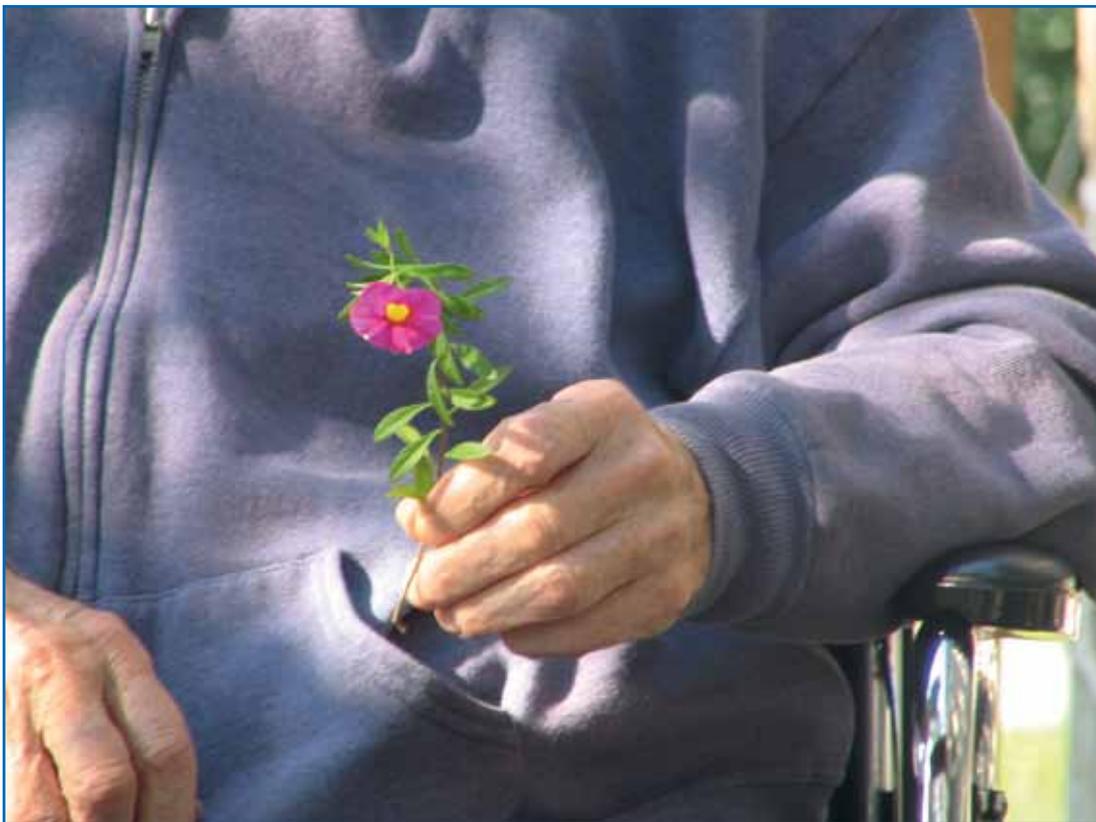
damit alle, die sich engagieren wollen, dies auch tun können. Konkret ist Engagement von der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Schule, Ausbildung, Beruf, Familie und sonstigen Verpflichtungen abhängig. Gelingt dies nicht, findet ehrenamtliches Engagement nicht statt. Dabei spielen nicht nur zeitliche Regelungen wie Schulbefreiungen, flexible Arbeitszeiten, Freistellungsmöglichkeiten oder Kinderbetreuungsangebote eine wichtige Rolle, sondern auch berufs-, ausbildungs- und dienstbedingte Ortswechsel und finanzielle Belastungen bzw. fehlende Verdienstmöglichkeiten bei Student/innen. Im öffentlichen Dienst wurde die Gewährung der Lohnfortzahlung bei Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit von zehn auf fünf Tage verkürzt. Es gibt Bestrebungen, die gesamte Gewährung von Lohnfortzahlung bei Freistellung mit Verweis auf die Finanzsituation auszusetzen. Hinzu kommen zahlreiche Fälle, in denen aus Angst vor Nachteilen eine Freistellung gar nicht erst beantragt wird.

Die Erstattung von Verdienstausschlag bei Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit ist für die Leitung von Freizeiten oder internationale Jugendmaßnahmen nicht möglich. Daher ist eine Angleichung der Verdienstausschlagregelung an andere ehrenamtliche Tätigkeiten wie die von Schöffen oder Gemeinderäten notwendig.

Flexible Regelungen erhöhen die Bereitschaft sich zu engagieren, d.h. die ehrenamtlichen Strukturen müssen sich auch für ein kurzfristiges Engagement ohne lange Bindungswirkung öffnen. Der Freiwilligensurvey 2004 stellt fest, dass es nach wie vor signifikante Unterschiede in der Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten beispielsweise im Hinblick auf das Geschlecht gibt. Der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement auf allen Ebenen sollte für alle Bevölkerungsgruppen gleich leicht sein, damit das Ehrenamt in der Zusammensetzung ein Abbild der Gesellschaft ergibt.

Hauptberufliche Unterstützung von Ehrenamt

Ehrenamtliche Jugendarbeit benötigt professionelle Unterstützung in vielen Formen. Bildungsreferent/-innen wirken als Multiplikator/-innen in der Aus- und Fortbildung, in der konzeptionellen Weiterentwicklung und in der Beratungsfunktion für Jugendleiter/-innen. Darüber hinaus fallen bei den Jugendverbänden und Jugendringen geschäftsführende Tätigkeiten an, die in diesem Umfang nicht ehrenamtlich abgedeckt werden können. Hinzu kommen Verwaltungs- und Buchhaltungsaufgaben, die durch Fachkräfte erledigt werden. Ehrenamtliche Führungskräfte können sich damit auf strategische Aufgaben konzentrieren und politische Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche wahrnehmen.



»... dass jemand kommt, der ein bisschen Zeit zum Unterhalten hat.« Perspektiven ehrenamtlichen Engagements in der Pflege

Im Kontext von Fachkräftemangel, steigenden Qualitätsanforderungen, zunehmendem Wegbrechen familiärer Unterstützungssysteme, der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen und häufig unzureichender Finanzierung von Leistungen wird das Thema Ehrenamt in der Pflege kontrovers diskutiert. Ist der Pflegebereich grundsätzlich durch einen hohen Professionalisierungsgrad gekennzeichnet, wird dem ehrenamtlichen Engagement zugeschrieben, künftig einen noch stärkeren Beitrag zur Bewältigung oben genannter Problemlagen leisten zu können, gerade in einem seiner historisch gesehen ursprünglichsten Bereiche.

Es stellt sich somit die vielfach ungeklärte Frage nach der Verzahnung und Abgrenzung von ehren- und hauptamtlichen Tätigkeiten in der Pflege. Erschwerend kommt hinzu, dass die Grenzen zwischen regulären, hauptamtlichen Arbeitsverhältnissen, bezahlter Laienarbeit, geförderter Beschäftigung und ehrenamtlichen Tätigkeiten zunehmend verschwommen sind (Arbeitsgelegenheiten, Bürgerarbeit etc.). Der Bundesfreiwilligendienst als »bezahltes Ehrenamt« wird diese Problematik weiter verschärfen. Strengstens muss zunächst vermieden werden, ehrenamtliches Engagement als Ersatz für hauptamtliche Arbeitsverhältnisse zu sehen. Die Tätigkeiten beider Helferguppen sind verschieden, ergänzen sich und sind nicht

wechselseitig austauschbar. Neben der Betreuung durch professionelles Pflegepersonal und Familienangehörige ist die Hilfe von ehrenamtlich Engagierten vielmehr als eine dritte Säule in der Betreuung pflegebedürftiger Menschen zu sehen.

Neben den Leistungen der medizinischen Versorgung und den so genannten »harten« Leistungen wie der Grund- und Behandlungspflege – die durch professionelle Kräfte erbracht werden – scheint der Einsatz von Ehrenamtlichen vor allem in den Bereichen sozialer Betreuung und Begleitung der Pflegebedürftigen naheliegend, die ohne zusätzliche Finanzierung nicht in vollem Umfang von hauptamtlichen Mitar-

beitern geleistet werden können. Im Vordergrund stehen hier Aspekte wie Begleitung und Anregung von Freizeitaktivitäten, Abwechslung im Tagesablauf, geistige Anregung sowie Gespräche und Austausch mit neutralen Personen. Verschiedene Studien weisen nach, dass die Tätigkeit Ehrenamtlicher in diesen Bereichen zu positiven Auswirkungen im psychosozialen Bereich der Pflegebedürftigen führt und emotionales Wohlbefinden und Lebensqualität so signifikant gesteigert werden können. Auswirkungen auf das Maß der Pflegebedürftigkeit konnten wiederum nicht nachgewiesen werden.

Zunehmend wird von Einrichtungen und Diensten auch gesetzlich eine noch stärkere Integration ehrenamtlicher Leistungen und die Öffnung nach außen gefordert, zuletzt durch das Wohn- und Teilhabegesetz Sachsen-Anhalt. Vielfach verfügen jedoch gerade kleinere Organisationen über einen immens engen Spielraum an Ressourcen, so dass die damit verbundenen, nicht refinanzierbaren Leistungen nicht erbracht werden können. Die Integration Ehrenamtlicher in professionelle Versorgungsgefüge gestaltet sich zudem nicht immer konfliktfrei. Für Ehrenamtliche ist es schwer, sich in zunehmend ökonomisch orientierten Strukturen zu bewegen und ihre nicht ausschließlich effizienzfokussierte Identität einzubringen.

Doch auch die Motive, Bedürfnisse, Ansprüche und Erwartungen der Ehrenamtlichen selbst in Bezug auf ihr Engagement haben sich gravierend verändert und werden unter dem Begriff des »neuen Ehrenamtes« subsumiert. Dieses ist durch die Verbindung von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven und politischem Veränderungswillen geprägt und zeichnet sich allgemein durch Projektbezug, zeitliche Begrenzung und einen geringeren Formalisierungsgrad aus. Ehrenamtliches Handeln wird bei Abnahme einst gesellschaftlicher zentraler Werte wie Nächstenliebe und Klassensolidarität also mehr und mehr von individuellen Interessen geprägt und weniger von den Interessen der Organisationen. Oft sind die Strukturen gerade in großen Organisationen noch nicht auf diese Entwicklung ausgelegt und eine Verlagerung des Engagements weg von Organisationen, Verbänden und Parteien hin zu selbstorganisierten, kleinteiligen und situativen Organisationsformen ist zumindest statistisch beobachtbar.

Haupt- und Ehrenamtliche haben also jeweils unterschiedliche Erwartungen aneinander, deren Nichterfüllung Enttäuschung, Frustration und schließlich das Wegbrechen des Ehrenamtlichen zur Folge haben kann. Für die nachhaltige und wirkliche Integration bürgerschaftlichen Engagements ist somit ein strukturiertes und geplantes Vorgehen notwendig, das umfangreiche Qualifizierungsbedarfe mit sich bringt. Insbesondere Gewinnung, Anleitung, Begleitung und Qualifizierung Ehrenamtlicher müssen hier thematisiert werden. Neben Qualifizierungsbedarfen für Ehrenamtskoordinatoren

in den Einrichtungen ist gerade im Pflegebereich auch die Qualifizierung der Ehrenamtlichen unabdingbar, als Beispiel ist hier die ehrenamtliche Arbeit mit demenziell Erkrankten Personen zu nennen. Angesichts dieser teilweise erschwerenden Aspekte darf jedoch abgesehen von den Zugewinnen durch den Einsatz Ehrenamtlicher für die Betroffenen nicht der Mehrwert für die Träger vernachlässigt werden: Die Kundenzufriedenheit steigt, die Angebotspalette der wird mit zusätzlichen sozialen Leistungsangeboten im nichtmonetären Bereich attraktiver, zudem dienen Ehrenamtliche als Werbeträger nach Außen und können unter anderem zur Kundengewinnung beitragen. Zudem besteht die Möglichkeit einer Brückenfunktion des ehrenamtlichen Engagements zur Erwerbsarbeit, die vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nicht unterschätzt werden sollte.

Nichts desto trotz wird der Ausbau bzw. die Festigung ehrenamtlichen Engagements in der Pflege nicht zum Null-Tarif zu haben sein. Hier gilt es, Förderinstrumente zu entwickeln und bestehende - wie die niedrigschwelligen Angebote nach § 45c SGB XI - auszubauen und ausreichend zu finanzieren.

Die Forcierung des Einsatzes ehrenamtlichen Engagements im Pflegebereich ist vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Entwicklungen finanzieller und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen unumgänglich. Ohne eine auf den Leitungsebenen verankerte Grundüberzeugung und Zielsetzung, es als essentiellen Bestandteil in den Institutionen der Altenhilfe anzusehen, wird eine wirkliche, nachhaltige und zukunftsfähige Integration bürgerschaftlichen Engagements jedoch nicht gelingen. Schließlich ist es unumgänglich, die vielfach unbeantworteten Fragen auch auf Verbandsebene zu klären und die Stärkung und Weiterentwicklung des Ehrenamts gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen als organisationalen Lern- und Entwicklungsprozess zu begreifen.



Inklusion – Gemeinsam mit behinderten Menschen Freiwilligenarbeit aus Sicht der Behindertenhilfe

Die Diskussion um den Einsatz ehrenamtlich tätiger Personen in der Behindertenhilfe ist nicht neu. Dennoch hat die institutionalisierte Behindertenhilfe hier noch einen erheblichen Entwicklungsbedarf, insbesondere in den Diensten und Einrichtungen, wo im Gegensatz zur Selbsthilfe das Freiwilligenengagement nur gering vertreten ist.

Dabei ist die Unterstützung und Koordination von ehrenamtlicher, freiwilliger Arbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger eine der wichtigsten Antworten auf die Frage, welchen Weg Organisationen, Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe einschlagen können, um sich mit dem Gemeinwesen verstärkt zu verbinden, um sich am Sozialraum zu orientieren und um somit Inklusion mitzugestalten?

Im Rahmen des Paradigmenwechsels und auf dem Hintergrund des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung sind diese Fragestellungen von besonderer Bedeutung. Mit dieser Grundlage geht es bei der Debatte um die Zukunft sozialer Dienstleistungen um ein neues Verständnis sozialer Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Für die Umsetzung der postulierten Rechte auf Selbstbestimmung und Inklusion heißt das, dass wir Menschen anders denken und handeln müssen. Behinderte Menschen selbst fordern diesbezüglich ja bereits seit einiger Zeit verstärkt, dass sie „auch normale Leute treffen wollen und nicht nur immer von Behindertenpädagoginnen und -pädagogen oder Profis begleitet werden wollen“. Das geht durch bürgerschaftliches Engagement, also Freiwilligenarbeit.

Verändertes Handeln heißt auch, dass Leistungsträger und Leistungserbringer einen Wandel in der Ausgestaltung sozialer Unterstützungsleistungen aktiv mitgestalten, ohne dabei die Verantwortung der Daseinsvorsorge abzugeben. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesen, Interessenvertretungen, Leistungsträgern und Einrichtungen ist dabei Grundvoraussetzung. Neben der Tendenz zu individuellen Dienstleistungen und personenzentrierten Strategien muss das Handeln auf bürgerschaftliches Engagement insgesamt ausgerichtet werden. Und hier unter Einbeziehung von behinderten Menschen.

Durch den wirtschaftlichen Druck der Leistungsträger sehen sich Träger von Einrichtungen und Diensten bereits jetzt mit der Notwendigkeit zu drastischen Änderungen in ihrer Organisationsstruktur konfrontiert. Im Ausbau von Freiwilligenarbeit besteht eine Chance, um knapper werdende Ressourcen, z. B. aufgrund von wegfallenden Zivildienstleistungen, zu begegnen. Auf der einen Seite arbeiten einige Organisationen bereits mit freiwilligen Helferinnen und Helfern zusam-

men und sehen dies als wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit. Auf der anderen Seite scheinen vielfältige Gründe Einrichtungen darin zu hindern, freiwillig tätige Menschen für die Mitarbeit zu gewinnen und langfristig einzubinden. Auch ist nicht auszublenden, dass bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Einrichtungen der Behindertenhilfe der Begriff Freiwilligenarbeit häufig negativ besetzt ist. Von Bedeutung ist hier, klar zu machen, dass freiwilliges Engagement lediglich ergänzende Hilfe leisten kann. D. h. ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nicht in Konkurrenz zu Hauptamtlichen stehen, sie sollen zusätzliche Aufgaben übernehmen.

In diesem Sinne ist vor allem zu betonen, dass Freiwilligenarbeit in der Behindertenhilfe nicht als ein Sparpotential gesehen werden darf, sondern als Qualitätssteigerung gewertet werden muss. Mit Blick auf Inklusion als Leitidee gilt es, neue Kooperationsformen und Tätigkeitsbereiche zu finden bzw. auszufüllen, die diesen Kriterien entsprechen. So ist der Freizeitbereich von Interesse, wo z. B. die Begleitung und individuelle Unterstützung einzelner Personen oder die Begleitung von Freizeitaktivitäten oder Urlaub einen wichtigen Einsatzbereich für Freiwilligenarbeit darstellen.

Hier gibt es bereits bei Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt vielfältige Erfahrungen, etwa mit der Durchführung von kulturellen Angeboten oder mit der Reisebegleitung behinderter Menschen. Zudem können die Einrichtungen und Dienste auf eine gute Zusammenarbeit mit Freiwilligenagenturen bauen. Neben der direkten Unterstützung behinderter Menschen ist für eine ehrenamtliche, freiwillige Arbeit aber auch Fundraising, Öffentlichkeitsarbeit oder die Übernahme von Aufgaben im Vorstand interessant und bedeutsam.

Festzuhalten bleibt, dass Freiwilligenarbeit für Organisationen, Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe eine Chance zur Mitgestaltung einer inklusiven Gesellschaft ist, weil es Bürgerinnen und Bürger (z. B. auch Menschen mit Behinderungen) in die Lage versetzt, miteinander zu kommunizieren, Kontakte wahrzunehmen und selbstbestimmt Entscheidungen fällen zu können. In diesem Sinne wird die Akzeptanz von Menschen mit verschiedenen Lebensentwürfen innerhalb der Gesellschaft vorangetrieben.



Bernd Zürcher
Regionalleiter Altmark | Jerichower Land
Tel.: 03931 / 689421 • bzuercher@mdlv.paritaet.org

Bürgerinitiative Stendal e. V. mit alternativen Lösungen für eine Perspektive in der Altmark

Interview mit der Vorstandsvorsitzenden des Bürgerinitiative Stendal e. V., Frau Marion Mohr.



Marion Mohr mit Stendals OB Klaus Schmotz und dem Direktor am Amtsgericht Stendal, Kay Timm (v.l.)

Frau Mohr, was war der Grund für Sie den Verein Bürgerinitiative Stendal zu gründen?

Die Altmark, als ländlicher Raum mit wenig produzierendem Gewerbe, hat mit vielen strukturellen Problemen zu kämpfen. Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in der Altmark nimmt dramatische Züge an. Für immer größere Teile der Bevölkerung steht immer weniger Geld zur Verfügung. Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, größere Belastungen für den sozialen Bereich lassen wenig Spielraum für den konsumtiven Bereich. Handwerk und Handel bewegen sich am Rande der Existenz. Die Jugend verlässt unsere Region. Die Region vergeist. Die Familien werden mit der Versorgung ihrer hilfebedürftigen Angehörigen überfordert. Die Belastungen in den Sozialkassen steigen und die finanziellen Eigenbeteiligungen der Bürger sind drastisch erhöht worden. Wo Wirtschaft und Politik anscheinend versagen, ist die Eigenverantwortung der BürgerInnen gefordert. Bei dieser Stärkung und Entwicklung der Eigenverantwortung des bürgerschaftlichen Engagements bringt sich unser Verein maßgeblich mit seinen Projekten ein und sucht dabei nach neuen Wegen im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Wie wollen Sie diese Aufgaben angehen? Welche Ideen hatten und haben Sie?

Ein Schwerpunkt in unseren Aufgaben sehen wir darin, diejenigen, die Hilfe im täglichen Leben oder bei der Betreuung und Versorgung ihrer Angehörigen benötigen, mit denjenigen zusammen zu bringen, die das Gefühl des Gebrauchtwerdens suchen und sich engagieren möchten. Dazu gewinnen wir Bürger/innen aller Altersgruppen, die sich in der Gemein-

wohlarbeit einbringen wollen. Darunter sind Schüler, die ihre Freizeit mit gemeinnütziger Arbeit bereichern oder sich auf die Berufswahl vorbereiten wollen, Menschen, die auf Grund von Arbeitslosigkeit zeitweise keine Beschäftigung finden und Vorrüheständler oder rüstige Rentner, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen wollen.

Was wollen Sie erreichen, welches Ziel hat der Verein Bürgerinitiative Stendal?

Das Hauptziel unseres Vereins ist es, eine breite Vernetzung von generationsübergreifender Nachbarschaftshilfen in Stendal bzw. in der Altmark anzubieten, die von Jung und Alt gebraucht werden. Wir wollen, dass wir diejenigen, die ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Zeit einbringen können, mit denen die Hilfe und Unterstützung im täglichen Leben benötigen, zusammen bringen. Ein weiterer positive Effekte ist: Durch die nachbarschaftliche Hilfe rücken die Menschen wieder näher zusammen. Der Kontakt zwischen den Generationen wird verbessert und alte Werte, wie Hilfsbereitschaft, Achtung und Verständnis werden ausgebaut und gepflegt. Der Jugend werden die Möglichkeiten für eine Perspektive in der Altmark aufgezeigt. Die Region wird dadurch attraktiver und die Menschen gelangen so zu mehr Zufriedenheit. Die Sozialkassen werden entlastet und können sich so mehr auf prophylaktische Maßnahmen konzentrieren.

Seit 2004 besteht die Bürgerinitiative Stendal e.V. und seit fast 5 Jahren ist der Verein auch Mitglied des PARITÄTISCHEN Sachsen Anhalt. Frau Mohr, was wurde bis jetzt geschafft? Die Umsetzung unseres Anliegens erfolgt derzeit in fünf Projekten:

Das erste Projekt ist unsere »Tagesstätte« als niedrigschwelliges Betreuungsangebot. Hier werden zumeist demenzerkrankte Gäste betreut. Mit diesem Angebot soll es den Betroffenen und ihren Angehörigen ermöglicht werden, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen zu können. Unter Anleitung von zwei Fachkräften werden die Tagesgäste von freiwilligen Helfern beschäftigt und versorgt. Dazu gehört das gemeinsame Einnehmen der Mahlzeiten, singen, basteln und Spaziergänge. Erkrankte, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in die Tagesstätte kommen können, werden stundenweise zu Hause betreut. Das zweite Projekt stellt die »Hilfe zur Selbsthilfe« dar. In diesem Projekt unterstützen aktive Mitglieder des Vereins hilfsbedürftige Senioren, Kranke und Behinderte in ihrer häuslichen Umgebung. Wir helfen ihnen bei der Gartenarbeit, gehen für sie einkaufen oder begleiten sie zum Arzt oder zu

Freiwillig vor Ort

Behördengängen. Auch hier verfolgen wir den Ansatz, dass vor allem die Senioren, wie fast ausschließlich gewünscht, ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können. Den Angehörigen, sofern diese noch vor Ort gibt, entlasten wir dadurch.

Das dritte Projekt ist das »**Generationscafé**«. Hier wird der Dialog zwischen den Generationen nachhaltig gefördert. Unter Mithilfe von erwachsenen Vereinsmitgliedern werden Jugendliche des Vereins befähigt, Veranstaltungen des »Generationscafés« zu organisieren und selbständig Themennachmittage gestalten. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen, planen und organisieren diese Treffen unter Anleitung und erlangen durch ihr Engagement Sozialkompetenzen wie zum Beispiel: Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Hilfsbereitschaft und Einfühlungsvermögen in die Belange älterer Menschen.

Das vierte Projekt ist das **Bundesleuchtturmprojekt »Freiwilligendienst aller Generationen« mit dem Projektnamen »Generationen füreinander - miteinander«**. Das

Projekt fördert das ehrenamtliche Engagement. Freiwillige aller Altersgruppen, jedoch besonders ältere Bürger sollen in verschiedenen Einsatzstellen Kindergärten, Horten, Grundschulen, kirchlichen Einrichtungen und gemeinnützigen Vereinen freiwillige Arbeit leisten. Die Rahmenbedingungen für dieses Projekt geben der Bund vor. Der Einsatz der Freiwilligen erfolgt mindestens acht Stunden je Woche und mindestens ein halbes Jahr in den Einsatzstellen. Dieses Projekt wurde drei Jahre durch den Bund gefördert und ist die Ausgangsbasis für die Arbeit der im Februar 2011 gegründeten Freiwilligen-Agentur Altmark. Es wurden bisher 16 Einsatzstellen geschaffen, in denen bisher über 60 Freiwillige tätig sind.

Ein fünftes Projekt »**Berufsfokus – Schüler - Praxis« aus dem Programm »Stärken vor Ort«** im sozialen Brennpunktsstadtteil Stendal Stadtsee führen wir in der Zeit von März bis Oktober dieses Jahres durch. Schüler der Ganztagschule am Stadtsee werden über dieses Projekt in Theorie und Praxis an sozialpflegerische Berufe herangeführt.

Stendaler Verein »Bürger für Bürger« besteht seit 20 Jahren: »Ansprechpartner sein und menschliche Werte leben«

Vor 20 Jahren wurde er gegründet, beim Verein »Bürger für Bürger« wurde Geburtstag gefeiert. Er bietet mit Selbsthilfegruppen und ambulant betreutem Wohnen Unterstützung für psychisch Erkrankte und geistig Behinderte.

»Das Menschliche, die menschlichen Werte – das versuchen wir zu leben.« Den Betreuten Ansprechpartner sein, ihnen die Sicherheit geben, dass da jemand ist, der sie versteht und für sie da ist. In Jeanette Rübeners Augen sind das die wichtigsten Aufgaben, die der Verein »Bürger für Bürger« leistet. Ziel ist, Menschen, die chronisch psychisch erkrankt oder geistig behindert sind und dauerhaft Hilfe benötigen, ein möglichst eigenständiges Leben zu ermöglichen.

Rübener ist festangestellt im Verein und verantwortlich für das ambulant betreute Wohnen, wo man sich derzeit um etwa ein Dutzend Menschen kümmert. Es sind vor allem Hilfen, um im Alltag zurechtzukommen. Sei es die Organisation des Haushalts, der Gang zum Arzt oder zur Behörde, die Zusammenstellung des Einkaufszettels oder die Erinnerung an die Körperpflege.

Mit den psychisch Kranken gibt es zudem vor allem Gespräche über die eigene Situation, die eigene Krankheit, den Umgang mit Problemen und Konflikten. »Die meisten brauchen ganz viel Motivation«, sagt Rübener. »Motivation zum Leben auch.« Die Betreuung des Einzelnen zieht sich in der Regel über Jahre, sie geschieht zusätzlich zu der Arbeit der gerichtlich bestellten Betreuer, die vor allem die finanzielle

Seite im Blick haben. »Wenn es uns nicht gäbe«, sagt Jeannette Rübener, »würden viele der Leute wieder in ein tiefes Loch fallen. Es ist wichtig für sie, einen vertrauten Ansprechpartner zu haben.« Den finden sie übrigens auch in den diversen Selbsthilfegruppen, die sich im »Bürger für Bürger«-Domizil in der Nachtigal-Straße treffen und von Franziska Schumann koordiniert werden. Diese Gruppen waren der Grundstein des Vereins, der am 25. April 1991 gegründet und wenig später Mitglied im PARITÄTISCHEN wurde.

Die Ursprünge des Vereins zeichneten sich indes schon andert-halb Jahre früher ab. »Im November 1989 gab es einen Aufruf, um Laienhelfer für Langzeitpatienten in Uchtspringe zu finden«, erinnert sich Vereinsvorsitzende Christel Mehnert. Diese Helfer trafen sich mit der Zeit immer öfter, und es bestand Interesse, als Verein weiter tätig zu sein.

47 Frauen und Männer sind derzeit Mitglied, zum Teil ehemalige Mitarbeiter oder ABM-Kräfte oder auch Angehörige einstmals hier Betreuer. Sie waren auch gestern dabei, als das 20-jährige Bestehen in geselliger Runde gefeiert wurde.

*Nora Knappe
Volksstimme Lokalredaktion Stendal*



Dr. Sabine Dutschko
Regionalleiterin Magdeburg | Landkreis Börde
Tel.: 0391 / 6293371 • sdutschko@mdlv.paritaet.org

Freiwillig
vor Ort



Nicht nur Wind machen – auch was bewegen!

Fünf Jahre Engagementförderung durch die Freiwilligenagentur Magdeburg

Als im April 2006 in einem kleinen Ladenlokal in der Magdeburger Einsteinstraße 9 die Geschäfts- und Beratungsstelle der Freiwilligenagentur eröffnet wurde, war noch viel Skepsis bei Trägern und Organisationen zu spüren, wie eine solche Institution wohl funktionieren könnten. Inzwischen hat sich die Freiwilligenagentur Magdeburg zu einer kompetenten Netzwerk- und Informationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement entwickelt und vielfältige Projekte zur Engagementförderung umgesetzt. Die Stärken der Freiwilligenagentur liegen dabei in der lokalen Vernetzung von Akteuren und Organisationen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und in der Initiierung innovativer Engagementprojekte, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen (siehe auch Beitrag Sterntaucher).

So hat der **Magdeburger Freiwilligentag** inzwischen einen festen Platz im »Engagementkalender« der Stadt gefunden, von der Freiwilligenagentur begleitete ehrenamtliche Lese- und Lern-Paten sind in zahlreichen Schulen und Horten aktiv und auch die im Rahmen der Projekte »Marktplatz für Magdeburg« und »Sozialer Tag für Auszubildene« entstandenen Kooperationen mit Magdeburger Unternehmen entwickeln sich zu stabilen Partnerschaften.

Im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 wirbt die Freiwilligenagentur gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Partnern besonders für die öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung freiwilligen Engagements. Pünktlich zum 5. Geburtstag entstand deshalb eine Ausstellung mit Porträts von 100 Freiwilligen in Text und Bild, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen engagieren. Interessierte Organisationen können die Ausstellung gern kostenfrei zur Gestaltung der eigenen Veranstaltungen ausleihen.

Freiwilligenagentur Magdeburg

Einsteinstraße 9
39104 Magdeburg
Birgit Bursee (Leitung)

Telefon 0391 | 5 49 58 40
Telefax 0391 | 5 49 58 41

info@freiwilligenagentur-magdeburg.de
www.freiwilligenagentur-magdeburg.de

STERNTAUCHER – Engagement von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Eine wichtige Aufgabe der Freiwilligenagentur Magdeburg ist die Beratung und Vermittlung von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten. In individuellen Gesprächen werden Interessierte über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in den unterschiedlichen Einsatzfeldern informiert und beraten – um genau das Engagementfeld zu finden, das am besten ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht.

Seit längerer Zeit konnte in der Beratung beobachtet werden, dass immer mehr Menschen, die auf der Suche nach einem passenden Engagementfeld in die Freiwilligenagentur kommen, mit Einschränkungen aufgrund von psychischen Erkrankungen zu kämpfen haben. Lange Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie vorübergehende oder dauerhafte Erwerbslosigkeit als Folge der Erkrankungen erschweren einen geregelten Lebensalltag, verhindern soziale Kontakte und führen zu sozialer Isolation. Menschen mit psychischen Erkrankungen, die sich in der Hoffnung auf ein ehrenamtliches Tätigkeitsfeld an die Freiwilligenagentur wenden, verbinden deshalb mit diesem große Hoffnungen auf die Verbesserung ihrer Lebenssituation. Eine ehrenamtliche Tätigkeit kann eine Brücke zur »Normalität« bilden und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, sich einbringen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Das war der Ausgangspunkt für die Freiwilligenagentur zur Initiierung eines Projektes, das sich über einen Zeitraum von drei Jahren (2011 bis 2013) intensiv der Engagementförderung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen widmet und nachhaltig entsprechende Rahmenbedingungen schafft, die einen Zugang zum ehrenamtlichen Engagement für psychisch Kranke erleichtern und auch dauerhaft ermöglichen. Im Rahmen des Projektes »Sterntaucher« werden Menschen mit unterschiedlichen psychischen Beeinträchtigungen

motiviert, beraten und – ausgehend von ihren individuellen Ressourcen – in passende ehrenamtliche Tätigkeiten vermittelt. Sie bringen ihre Stärken und Erfahrungen ein, knüpfen soziale Kontakte und erleben Sinn und Anerkennung. Einsatzstellen profitieren vom freiwilligen Engagement von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Um geeignete Tätigkeitsfelder zu gestalten und psychisch kranke Freiwillige in ihrem Engagement begleiten zu können, werden hauptamtliche Fachkräfte und ehrenamtliche MitarbeiterInnen in gemeinnützigen Organisationen beraten, qualifiziert und begleitet.

Fachstellen mit bestehenden Angeboten für psychisch kranke Menschen werden mit ihren Beratungskompetenzen in ein Kooperationsnetzwerk eingebunden und für mögliche Engagementfelder sensibilisiert. Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit soll zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen beitragen und bestehender Isolation und Ausgrenzung entgegenwirken.

Kontakt:

Jana Schulze

Telefon und Fax 0391 / 54 95 841

jana.schulze@freiwilligenagentur-magdeburg.de

6. Magdeburger Freiwilligentag am 17. September 2011

Der Magdeburger Freiwilligentag ist ein Aktionstag für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich einen Tag für ihre Stadt engagieren und ein gemeinnütziges Mit-Mach-Projekt unterstützen möchten.

Am 17. September 2011 bieten vielfältige Aktionen in verschiedenen Magdeburger Einrichtungen und Projekten Gelegenheiten, unverbindlich in ein Engagementfeld nach Wahl »hineinzuschnuppern«, die eigenen Fähigkeiten und Interessen zu erproben und an einem konkreten Vorhaben mitzuwirken. Die Palette der Mit-Mach-Aktionen reicht von handwerklichen und gärtnerischen Vorhaben über Kreativ- und Kunstprojekte bis hin zu Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten. Die »Bilder des Tages« dokumentieren die kleinen und großen Erfolge, die zum Abschlussfest in angenehmer Atmosphäre mit leckerem Essen und Musik gefeiert werden.

www.freiwillig-in-magdeburg.de





Gabriele Haberland
Regionalleiterin Mitte
Tel.: 03473 / 92980 • ghaberland@mdlv.paritaet.org

INKLUSION passiert von unten

INKLUSION stelle ich mir wie All-Inclusiv-Urlaub vor – alle müssen die Chance haben, alles zu nutzen. Den TeilnehmerInnen am Rundtischgespräch »Inklusives Lernen« gefiel diese bildliche Idee zur INKLUSION, die ein Schuldirektor in die Diskussion am 3. Mai 2011 in der Pestalozzi-Schule Staßfurt einbrachte.



«Gemeinsam pflanzten SchülerInnen der Pestalozzischule einen Gingko als »Baum der INKLUSION« auf dem Schulhof der Pestalozzi-Schule Staßfurt»

Auf Initiative der PARITÄTISCHEN Regionalstelle Mitte und der Lebenshilfe Bördeland gGmbH trafen sich LehrerInnen aus Förderschulen und Sekundarschulen mit VertreterInnen der Lebenshilfe und des PARITÄTISCHEN Landesverbandes Sachsen-Anhalt, dem stellvertretenden Bürgermeister und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Staßfurt, PolitikerInnen Interessierten. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Staßfurter Aktionstage zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt.

Die Anwesenden waren sich einig, dass der Veränderungsprozess in alle Bereiche der Gesellschaft greifen muss. Neben der Schaffung von verschiedenen Rahmenbedingungen müssen Ideen zur INKLUSION von unten wachsen. Der Prozess erfordert viel Engagement, Zeit und auch Ressourcen. Inklusion ist kein Sparmodell.

Die Anwesenden berichteten von sehr guten Initiativen, wo Kinder mit und ohne Förderbedarf erfolgreich gemeinsam lernen, wo SchülerInnen nach dem Wechsel aus der Förderschule erfolgreich einen Hauptschulabschluss in der Sekundarschule erlangen oder eine Förderschülerin den Englischwettbewerb gewinnt und dabei die sogenannten »normalen« Schüler hinter sich lässt. Diese Einzelbeispiele kommen aufgrund des hohen Engagements von LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen zustande und weil die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachleute funktioniert.

Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ist keine Illusion, aber die individuellen Förderbedarfe müssen im Mittelpunkt stehen, LehrerInnen in allen Schulen brauchen dazu das entsprechende Rüstzeug aus Ausbildung bzw. Fortbildung, um mit jeglicher Form von Behinderung umgehen zu können. Es braucht flexible Lösungen anstatt starrer Verordnungen. Beim Veränderungsprozess müssen die Erfahrungen der Basis mit einfließen – **INKLUSION kann nicht verordnet werden, denn INKLUSION passiert von unten.**

Die TeilnehmerInnen des Rundtischgespräches gaben die Empfehlung, dass der PARITÄTISCHE gemeinsam mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege an das Sozialesministerium und das Kultusministerium sowie Politik und Verwaltung herantritt, um weitere Schritte zur Inklusion gemeinsam zu beraten. Ziel ist dabei die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Eine Schule für Alle!

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht noch immer wichtige Themen

Die Selbsthilfekontaktstelle Salzlandkreis lud zu den Themen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht ein und die große Resonanz zeigte, dass viele Menschen dazu Informationen suchen und diese Themen eine sehr sensible Behandlung brauchen. Frau Arndt, Geschäftsführende Vorsitzende des Betreuungsvereins e.V. Staßfurt und Herr Bünger, Mitarbeiter der Betreuungsbehörde Salzlandkreis klärten zum Thema auf und anhand von vielen praktischen Beispielen verdeutlichten sie die Problematik.

Die TeilnehmerInnen bekamen zuerst einen kleinen Überblick über das Betreuungsrecht im Allgemeinen. Anhand von mitgebrachten Materialien ging Frau Arndt auf Bedeutung von Betreuungsverfügung, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht näher ein. Entsprechendes aktuelles Informationsmaterial konnten alle Anwesenden mitnehmen.

Während der Präsentation gab es auch immer wieder Rückfragen von den TeilnehmerInnen zu speziellen Themen. Frau

Arndt und Herr Bünger standen hier Rede und Antwort und so war die Veranstaltung nicht nur durch's Zuhören interessant, sondern auch durch die »eingeworfenen« Beiträge der Gruppensprecher.

Der Informationsveranstaltung hat dazu beigetragen, dass Ängste und Unsicherheiten abgebaut werden konnten und die Gruppensprecher nun Ansprechpartner im Landkreis kennen, die den BürgerInnen bei Bedarf zur Seite stehen.

Tauschbörse für Talente aus der Selbsthilfe

Großes ehrenamtliches Engagement steckt in den Selbsthilfegruppen, in denen sich ca. 2000 Menschen im Landkreis Harz engagieren. Die Selbsthilfekontaktstelle Harz sucht immer wieder Möglichkeiten, wie Menschen für die Leitung einer Selbsthilfegruppe fit gemacht werden können, um die Gruppen zu leiten und spannende Gruppennachmittage zu organisieren. Deshalb kam die Leiterin Christine Gruber auf die Idee, die Talente in den bestehenden Gruppen zu aktivieren und zu ermuntern, ihr Talent auch anderen Gruppen zur Verfügung zu stellen.

Bei einer Tauschbörse am 12. April 2011 in Halberstadt gab es viele Talente zu entdecken. 21 meist chronisch erkrankte Menschen mit ganz unterschiedlichen Begabungen stellten sich vor und waren bereit, in einer anderen Selbsthilfegruppen mit ihrem Können einen interessanten Gruppennachmittag zu gestalten.

Da gab es Aquarell- und Seidenmalerei, einen Vortrag über Heilkräuter, Wissenswertes über die Imkerei, Vorträge über den Harz und den Domschatz und vieles Kreatives zum mit- und nachmachen.

So manches Talent trug zur Unterhaltung bei mit Liedern, Rezitationen oder auch Tanzdarbietungen. Die Anwesenden waren begeistert über die Vielfalt der Angebote und nahmen gern die Gelegenheit wahr, Talente und Erfahrungen zu tauschen.

So wurde fast nebenbei das Miteinander gestärkt, ein wichtiges Netzwerk gefestigt und festgestellt, dass Selbsthilfe als eine Form des ehrenamtlichen Engagements tatsächlich lebt.



Regionalstelle Mitte ist umgezogen

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die Regionalstelle Mitte seit dem 8. Juni 2011 unter folgender Anschrift zu erreichen ist:

**Magdeburger Straße 24 | 24a
06449 Aschersleben**

**Die Telefon- und Faxnummern bleiben unverändert.
Tel.: 03473 | 92980, Fax: 03473 | 929824.**



Petra Nickel
Regionalleiterin Ost
Tel.: 0340 / 8701484 • pnickel@mdlv.paritaet.org

Freiwillig
vor Ort

INKLUSION

BEGINNT IM KOPF.



Ehrenamtliche beschäftigen sich mit dem Thema »Inklusion - was nun?«

Der »Beirat für Menschen mit Behinderungen« des Landkreises Anhalt-Bitterfeld hatte aus Anlass des europaweiten Antidiskriminierungstages der Menschen mit Behinderungen am 5. Mai zu einer Podiumsdiskussion nach Zerbst eingeladen. Kommunalpolitiker, Vertreter der Kommunalverwaltungen diskutierten mit Betroffenen und anderen Interessierten die These »Barrierefreiheit beginnt im Kopf«.

Die Gesprächsleitung lag in den Händen des PARITÄTISCHEN. Mit zum Teil schonungsloser Offenheit gaben Behinderte Einblicke in ihr Leben. Sie ließen die Gäste an ihrer Lebensfreude ebenso teilhaben, wie an ihren seelischen Verletzungen. Sie erzählten von ihren Erfolgen als auch ihrer Verzweiflung. Und sie zeigten Grenzen auf, an die sie wieder und wieder stoßen. Dabei braucht der Landkreis Anhalt-Bitterfeld in punkto Behindertenfreundlichkeit den Vergleich mit anderen Regionen nicht zu scheuen. Im Vergleich zu den zuvor geschilderten Problemlagen fielen Berichte z. B. von der strikten Einhaltung entsprechender Normen bei Baumaßnahmen, eher belanglos aus. Der Verweis auf knappe Kassen machte den tiefen Graben zwischen Anspruch und Realisierbarkeit deutlich. Die Hilflosigkeit der Entscheidungsträger war greifbar. Es wurde auch deutlich, dass Nichtbehinderte sich nur schwer und sicher nie absolut in die Problemfelder behinderter Menschen hin-

eindenken oder gar einfühlen können. Deshalb war es wohl-tuend, dass sich gerade die Vertreter von Politik und Verwaltung mit Gemeinplätzen zurückhielten. »Darüber habe ich noch nie nachgedacht«, war die Aussage eines Kommunalpolitikers, die zutiefst ehrlich war. Dass ein Großteil der Bevölkerung dieses Thema ebenso ausblendet, belegte einmal mehr die Zusammensetzung der Besucher. Menschen ohne Behinderungen waren, wenn nicht durch Beruf oder Ehrenamt involviert, kaum vertreten. Die wenigen, die gekommen waren, blieben nicht unberührt. Eine Besucherin sagte bei der Verabschiedung: »Für mich hat sich heute ein Fenster in eine mir bis dato vollkommen verschlossene Welt geöffnet. Dafür bin ich sehr dankbar.« Zwei Sätze, die alle Akteure ermutigten, gemeinsam weiterzukämpfen, damit sich noch ganz viele dieser Fenster öffnen werden.

Freiwillig vor Ort



»Freiwilligentag« 2008

Freiwilliges Engagement in Deutschland befindet sich im Wandel

Freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürger ist ein wesentliches Gestaltungsinstrument sowie auch eine Investition für unsere Gesellschaft.

Das »Ehrenamt«, eine traditionelle in Vereinen organisierte Tätigkeit, ist im Sprachgebrauch dominierend. Heute spricht man von der »Freiwilligenarbeit«, ein Begriff von moderne, strukturell weniger eingebundene Formen unentgeltlicher, gemeinnütziger Arbeit, wie sie z.B. durch Freiwilligenagenturen organisiert werden. Im politischen Raum wird von »Bürgerengagement« gesprochen, der die Arbeit der Selbsthilfegruppen und Initiativen einschließt. Es entwickeln sich ständig neue Formen der Zusammenarbeit und des Engagements.

Ehrenamtlich oder freiwillig Tätige bringen ihre Zeit und Kraft in Aufgabenfeldern ein und durch eine hohe soziale Kompetenz, Engagement und Flexibilität zeichnen sie sich aus. Für eine wirkungsvolle Arbeit brauchen wir hauptamtlichen Mitarbeiter unsere Ehrenamtlichen. Diese bringen sich auf verschiedene Weise ein, sie tun »Gutes« im Interesse unserer Gesellschaft und man kann ihre Tätigkeit nicht hoch genug würdigen. Da reicht nicht nur ein Blumenstrauß! Wir müssen auch über eine neue Anerkennungskultur nachdenken und diese muß dann auch spürbar erlebbar werden. Das freiwillige soziale Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger ist unverzichtbar.

Es ist zu beobachten, dass es immer weniger Menschen gibt, die sich ehrenamtlich betätigen. Es ist doch nicht nur der demografische Wandel, der hier Generationen verschiebt oder bei der jüngeren Generation die berufliche Orientierung, eingebunden im Job, kein Interesse, eigene Prioritäten etc..

Die Generation 50 plus, ja auf »diese« hat man gebaut! Meine Sorge ist, sollen hier bei letzteren die Kompetenz und Erfahrung verloren gehen. Nein!

Es stellen sich folgende Fragen:

- Wie können Menschen aller Altersgruppen für freiwilliges Engagement gewonnen werden?
- Wie stärkt man die Verantwortung der Generationen füreinander?

Selbst auf Bundesebene wurde 2001 eine Freiwilligencharta des PARITÄTISCHEN verabschiedet. Wichtige Kriterien wurden hier erfasst und es wurde zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema Ehrenamt und der Zusammenarbeit angeregt. Das Anliegen der Freiwilligencharta ist das Streben nach verlässlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit Freiwilliger. Die Einbindung von Politik ist unverzichtbar, die gemeinsame Verantwortung mit allen gesellschaftlichen Partnern muß hier im Vordergrund stehen und es muß was passieren, dass die jetzt bestehenden Infrastrukturen und gesellschaftlichen Vernetzungen weiter bestehen. Es muß stetig miteinander gearbeitet werden!

Das Ehrenamt muß Zukunft haben – die ehrenamtliche Arbeit soll Spaß machen und eine bedürfnisgerechte Fürsorge der Menschen ermöglichen. Zu diesem Thema haben wir Menschen im Ehrenamt befragt.



Menschen im Ehrenamt vorgestellt: Klaus Scholz: »Hans Dampf« in allen Gassen

Der Stadtrat der Doppelstadt Dessau-Roßlau wählte einstimmig Klaus Scholz zum Seniorenbeauftragten. Wir gratulieren Klaus Scholz zur Wiederwahl als Seniorenbeauftragten der Stadt. Klaus Scholz hat diesen Posten seit 2008 inne und jetzt sind es weitere 3 Jahre Amtszeit. – Petra Nickel unterhielt sich mit ihm.

Herr Scholz, wir gratulieren Ihnen zur Wiederwahl und wünschen Ihnen Gesundheit und Kraft für Ihre anstehenden Aufgaben in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit. Sie sind ja auch Vorsitzender des Vereins »Freie Altenarbeit Alt und Jung« e. V. und leiten außerdem noch den »Heinz-Rühmann-Club« im Stadtteil Ziebigk.

Wie sind Sie zum Ehrenamt gekommen?

Nach der Wende mußte auch ich mich neu orientieren und ich befasste mich mit der Seniorenpolitik in unserer Stadt und was lag da näher in unserem Stadtteil Ziebigk eine Begegnungsstätte für Senioren, aber auch für Kinder und Jugendliche zu installieren und dann auch einen Verein zu gründen. Das Rüstzeug holte ich mir von einem Verein aus Bielefeld. Wir waren damals in Aufbaustimmung, an die zunehmenden Sorgen (Finanzierungen) hat man nicht so gedacht und 1993 gründeten wir unseren Verein, dieser findet großen Zuspruch.

Man könnte sagen: »Hans Dampf in allen Gassen«. Warum tun Sie sich das an?

Ich sehe meine ehrenamtliche Arbeit als Berufung. Als ehemaliger Pädagoge habe ich eben ein soziales Helfersyndrom, es macht mich stolz, wenn ich mich um Menschen kümmern kann, die Hilfe brauchen. Ja, andere Menschen sammeln Briefmarken, mein Hobby ist das Ehrenamt. Ich kann nicht anders, ich muß mitmischen, mich einbringen, ich will was verändern!

Wie sieht Ihre Ehrenamtsbiographie aus?

Seit 1995 bin ich in der Seniorenvertretung der Stadt Dessau tätig und als Seniorenbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau gehe ich in die zweite Wahlperiode. Seit 1993 bin ich Vorsitzender unseres Vereins. Einige Jahre war ich auch als Stadtrat tätig.

Herr Scholz, Sie übernehmen freiwillig Verantwortung, wird Ihnen das auch gedankt?

Ich genieße bei den Menschen Vertrauen. Ich organisiere Nachbarschaftshilfen und mit unseren Mitgliedern überlegen wir uns ständig neue Angebote im Freizeit- und Kulturbereich für »Jung und Alt«. Das Amt kann froh sein, ich bin im Seniorenbereich der erste Ansprechpartner und ich habe ein Ohr für die Belange der Menschen. Gedankt? Ja, ich erhielt vor Monaten die Ehrennadel in Gold vom PARITÄTISCHEN und ich habe auch andere Ehrungen erfahren. Aber darum geht es mir nicht! Wenn Menschen sagen: »Schaut mal, da kommt der Helfer mit Herz« – das macht mich schon stolz und glücklich.

Machen Sie sich auch Sorgen um den Nachwuchs im Ehrenamt?

Ja, große Sorgen! Meine Stellvertreterin ist 74 Jahre. Die Verantwortung und der ständige Kampf um die Finanzen (denn ohne Geld läuft nichts) tun ihr übriges. Auch der demografische Wandel und die Entwicklung der Gesellschaft sind Ursachen, dass wir im Ehrenamt Nachwuchsprobleme haben. Erstaunlich ist, man sieht immer die selben Personen in Gremien, Ausschüssen etc.. Ich habe auch kein Rezept wie man dieser Situation entgegenwirken kann. Wir müssen in den Dialog kommen mit der Kommune und den entsprechenden Verantwortlichen. Hier ist auch in erster Linie das Hauptamt gefragt.

Welche Ursachen sehen Sie, dass wir Probleme haben Menschen zu finden die sich ehrenamtlich engagieren, auch Jüngere?

Unsere Gesellschaft verändert sich, wir bauten auf das Alter von 50 bis 60 Jahre, aber das ist das Problem, diese Generation hat vielleicht noch eigene und andere Interessen, wie: z.B. Reisen. Sie setzen ihre Prioritäten anders. Wenn ich meine Mitglieder mal betrachte: das Durchschnittsalter meiner Mitglieder ist 70 Jahre, die Ältesten sind 92 und 93 Jahre.

Mal ehrlich: wie lange wollen Sie ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen noch ausüben?

Solange der Motor läuft und es meine Gesundheit erlaubt, mache ich weiter! Ich will nicht leugnen, dass ich auch Momente habe, wo ich ins zweifeln komme und alles hinschmeißen möchte und auch müde bin. Aber ich kann nicht anders, wer soll es dann tun? Der ständige Kampf um die Finanzen. Wie finanziere ich die Betriebskosten der Begegnungsstätte oder ich hoffe auf die Bewilligung von Maßnahmen im Bereich SGB II. Wir können uns keine hauptamtlich Beschäftigten leisten. Es läuft, aber keiner fragt »wie« und »wo« das Geld herkommt. Ich kann mir gegenwärtig nicht vorstellen aufzuhören. Ich bin viel zu sehr involviert.

Herr Scholz, wenn Sie einen Wunsch hätten, welcher wäre dieser?

Ich möchte alle Menschen glücklich machen und in einer Gesellschaft leben, wo Werte wie Akzeptanz, Toleranz, Respekt und Wertschätzung ein Miteinander zulassen und nicht verloren gehen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Dorothea Hille kümmert sich um pflegende Anhörige

**Interview mit Dorothea Hill,
Leiterin der Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige in Raguhn**

Seit wann sind Sie ehrenamtlich tätig?

Begonnen hat es 1998. Damals war ich noch Gemeindefere-
rentin in Raguhn. Zu meinen Aufgaben gehörte es, den Kran-
ken und Alten, die nicht mehr in der Lage waren, inmitten
der Gemeinde den Gottesdienst in der Kirche zu feiern, das
Abendmahl ins Haus zu bringen. Ich merkte alsbald, dass ich
nicht nur von den Betroffenen sehnsüchtig erwartet wurde.
Auch bei den Angehörigen der Pflegebedürftigen war ich als
Gesprächspartnerin herzlich willkommen. Sich ganz der Pflege
hingebend, hatten viele von ihnen bereits den Anschluss an
das ganz »normale« Leben verloren. Sie hatten keine Zeit, fami-
liäre Bande oder Freundschaften zu pflegen. Und so nahm
ich mir vor, nach meinem Eintritt in das Rentenalter, einen
Gesprächskreis für eben jene Angehörigen zu initiieren. Ein
Jahr später war es soweit. Inzwischen hat sich der Gesprächs-
kreis zu einer Selbsthilfegruppe entwickelt.

Doch das ist nicht ihr einziges Betätigungsfeld.

Das stimmt! Ich organisiere zudem einen Seniorenkreis. Den
gab es bereits zu meiner Zeit als Gemeindefere-
rentin. Doch auch die katholische Kirche muss der demografischen Ent-
wicklung Rechnung tragen. Pfarrbereiche wurden zusammen-
gelegt, Gemeindeverbände entstanden. Vieles von dem, was
betriebswirtschaftlich richtig ist, hat Einschnitte in der Seel-
sorge zu Folge, funktioniert nur noch über das Ehrenamt. Und
so kümmere ich mich eben um den Seniorenkreis in Raguhn.

Um wie viele Senioren kümmern Sie sich?

In Raguhn sind es zwanzig. Und dann wäre da noch der Seni-
oren- und Behindertenbeirat, wirft Ehemann Helmut ein...

Wie reagiert Ihr Umfeld auf so viel ehrenamtliches Engagement?

Die Senioren und auch die Angehörigengruppe sind dankbar,
obwohl ich keine Dankbarkeit möchte. Öffentliche Stellen –
sei es Kirche oder Kommunalverwaltung – wissen sehr wohl,
was Ehrenamt leistet und wie unverzichtbar es ist.

Und die Öffentlichkeit?

Nun ja, ich weiß nicht, wie viele überhaupt darüber nachden-
ken. Etliche vermuten, dass ich das alles für Geld mache und
sind dann, sagen wir, erstaunt, dass Geld überhaupt nicht
meine Intuition ist. Andere begegnen mir natürlich mit gro-
ßem Respekt.

Was ist der Beweggrund für ihr Engagement?

Ich muss einfach was tun. Das ist in mir drin. Ich bin Christin. So
lange ich denken kann, gilt, nicht achtlos gegenüber meinen
Mitmenschen zu sein. Mir ist das Wohlergehen der anderen
wichtig.

Das kostet Kraft. Woher nehmen sie diese?

Aus meinem Glauben. Und aus der Arbeit selbst. Sie macht
mir sehr viel Freude. Ich bin froh und glücklich, wenn ande-
ren unsere Gruppennachmittage gut tun.

Dem Ehrenamt fehlt es allorts an Nachwuchs. Eine Beobachtung, die Sie teilen?

Ja, natürlich! Ich denke, den wirklich engagierten jungen
Leuten fehlt es einfach an Zeit. Soziales Engagement ist ganz
besonders zeitaufwendig. Zudem haben viele, so glaube ich,
nie gelernt, sich für andere einzusetzen. Sie wissen nicht, dass
Ehrenamt nicht nur Arbeit, sondern in erster Linie Erfüllung
ist. Doch das ist nicht nur ein Problem der Jungen. Auch bei
meinen Senioren würde ich mir manchmal mehr Eigeniniti-
ative wünschen. »Ich kann das nicht«, bekomme ich häufig
zu hören. Oder auch: »Du machst das schon.«

Wir danken Ihnen für das Gespräch.



Dr. Peter Piechotta
Regionalleiter Süd
Tel.: 0345 / 5204115 • ppiechot@mdlv.paraet.org

Freiwillig vor Ort



Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados im Gespräch mit Selbsthilfvertretern



Mitgliedsorganisation »Lebenstraum e.V.« präsentiert sich

Gesichter des freiwilligen Engagements Tag der Selbsthilfe und Apotheken in Halle (Saale)

Am 9. Juni 2011 waren die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle ganztägig zum Tag der Selbsthilfe und Apotheken auf den halleschen Marktplatz eingeladen und sie nutzten diese Aktion auch ausgiebig, um sich zu informieren.

In diesem Jahr stand die öffentliche Aktionsveranstaltung im Zeichen des 20-jährigen Bestehens der Selbsthilfekontaktstelle in der Merseburger Straße in Halle. Mit der gemeinsamen Aktion der Paritätischen Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis, dem halleschen Apothekenverein und dem Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) wurde bei schönem Wetter eine mehrjährige Tradition fortgesetzt.

Die zahlreichen Selbsthilfegruppen der Stadt Halle präsentierten sich im großen Zelt und an Ständen auf dem Markt. Als selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Menschen, die ein gleiches Problem oder Anliegen haben und gemeinsam ehrenamtlich und freiwillig etwas dagegen bzw. dafür unternehmen möchten, dienen sie im Wesentlichen dem Informations- und Erfahrungsaustausch von Betroffenen und Angehörigen, der praktischen Lebenshilfe sowie der gegenseitigen emotionalen Unterstützung und Motivation.

Am 9. Juni waren auf dem Halleschen Markt 20 Selbsthilfgruppen der Stadt Halle um ein Stück Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Zu finden waren hier u. a. die Vertreter der Frauenselbsthilfgruppe, der Selbsthilfgruppen Diabetes, der Gehörlosenverein, Suchtkrankenhilfe und der Verein »Lebenstraum« die alle mit viel ehrenamtlichen Engagement den Betroffenen einen Raum zum Erfahrungsaustausch und

der gegenseitigen Hilfe bieten. Selbst betroffen nutzen Sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen um anderen zu helfen.

Schirmherrin des Aktionstages war Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados. Sie besuchte mit den Gästen aus dem öffentlichen Leben und einer großen Anzahl interessierter Bürgerinnen und Bürger die vielfältigen Informationsstände.

Die Präsentation des Halleschen Apothekenvereins im eigenen Zelt stand unter dem Motto »Jeder kann Leben retten!«. Vertreter der Berufsbildenden Schule V der Stadt Halle boten vielfältige Informationen zu Ausbildungswegen und Berufschancen in der Apotheke an.

Die Aktion ist ein Beitrag zum WHO-Projekt »Gesunde-Städte«, dem sich die Stadt Halle seit 1992 angeschlossen hat. Federführend organisierte diesen Tag die PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis, tatkräftig unterstützt durch zahlreiche aktive Vertreterinnen und Vertretern aus Selbsthilfgruppen.

Unterstützt wird dieser Informationstag neben den Veranstaltern wieder von verschiedenen Partnern und teilnehmenden Akteuren z. B. durch Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, die vor Ort anwesend waren.

Freiwillig vor Ort

Vom Ehrenamt zum Jobeinstieg

Hassan Khitam Mahadi (44), der in Kosti geborene Sudanese, lebt seit 1999 in Halle (Saale). Ehrenamtliches Engagement ist für ihn kein Fremdwort, so arbeitete er 2006 ehrenamtlich in der halleschen Kita »Uferkindergarten«.



Unsicherheiten der betroffenen Patienten lässt sie kleiner werden durch ein gutes Wort und natürlich durch sprachliche Unterstützung.

Auch die Iraker Neyem Murad (51) und Ismael Abdulayev (43), ursprünglich aus Tadschikistan und die Natalia Miller (40) engagieren sich seit Jahren ehrenamtlich und unterstützen durch Ihre Tätigkeit die hallesche Beratungsstelle für Migranten nach dem Landesaufnahmegesetz des PARITÄTISCHEN. Die beiden MigrantenberaterInnen Irma Keitel und Ulf Leßke sind hellauf begeistert, dass sie diese Ehrenamtlichen seit 1. Juni als neue Mitarbeiter genauer gesagt als Migranten-Integrationshelfer in Ihrer Beratungsstelle begrüßen dürfen, und das pünktlich zur Eröffnung der neuen Büros in der Brüderstraße 13.

Dort führte er Wandertage durch, half beim Essen austeilen und, und, und ... Da er mittlerweile sehr gut Deutsch spricht und seine Muttersprache Arabisch ist, sind seine Dienste unter Migranten häufig gefragt. Er begleitet oft Freunde zu Ämtern und Behörden oder gibt auch mal einen Tipp, wenn es um den passenden Rechtsanwalt geht.

Ganz ähnlich ist das bei Nargile Cagac (22). Sie ist Türkin und lebt seit 1998 in Deutschland. Auch sie leistet Nachbarschaftshilfe. Ehrenamtlich begleitet sie z. B. Freunde und Bekannte der Familie ins Krankenhaus um bei einem wichtigen Arzttermin unterstützend zur Hand zu sein. Mögliche Ängste und

Hier bieten sie alle nun gebündelt ihre Hilfe und Beratung in den Sprachen Russisch, Arabisch, Englisch und Türkisch an. Sie stehen den Klienten, die übrigens aus über 60 Ländern kommen, mit Rat und Tat zu Seite wenn es um Ausländer- oder sozialrechtliche Fragen geht.

Ulf Leßke



Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder jetzt möglich?

Das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) Sachsen-Anhalt ist am 08. März 2003 in Kraft getreten und wurde zuletzt am 1. Januar 2010 geändert. Die neue/alte Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Sicherung einer ganztägigen Kindertagesbetreuung für alle Kinder, unabhängig vom Erwerbsstatus, vorgesehen.

Damit steht eine Novellierung an, die vom PARITÄTISCHEN ausdrücklich gefordert wurde. Zwar hat das KiFöG Sachsen-Anhalt die bundesweite Debatte um einen Rechtsanspruch für einen Platz in Kindertagesstätten forciert und die Versorgungsquote von mehr als 90 Prozent bei 3 bis 6jährigen in Sachsen-Anhalt ermöglicht, aber Kinder von Erwerbslosen nur eine Halbtagsbetreuung gesichert.

In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von Verordnungen, Bestimmungen und Veränderungen für Kindertagesstätten erlassen. Dazu gehören z.B. das sogenannte 100-Stunden Programm zur Einführung des Konzeptes »Bildung elementar«, Sprachstandfeststellungen, Kinderschutzgesetz Sachsen-Anhalt usw. Das bestehende Gesetz ist trotz seiner Errungenschaften nicht mehr zeitgemäß. Bei den qualitativen Rahmenbedingungen hinkt Sachsen-Anhalt hinterher. Die Ansprüche und Erwartungen von Eltern, Kindern und Fachkräften haben sich verändert. In einem neuen KiFöG sind Anforderungen der UN-Kinderrechts- und Behindertenkonvention, Erkenntnisse aus der Armutdebatte, zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie ein neuer Bildungsbegriff dringend aufzunehmen.

Wichtigste Forderungen:

- Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung bis zu 10 Stunden für alle Kinder unabhängig vom finanziellen Einkommen der Personensorgeberechtigten
- Verbesserung des Fachkraft Kind-Verhältnisses, um gesellschaftliche Teilhabe, frühkindliche Bildung und Betreuung von unterschiedlichen Kindern und Familien angemessen gewährleisten zu können
- Vor- und Nachbereitungszeiten für die pädagogischen Fachkräfte
- Freistellung der Leitungskräfte
- Fachberatung der Einrichtungen vor Ort
- Ausbau inklusiver Angebote und entsprechende Qualifizierungen
- Übergang Kindertagesstätte – Schule als Bestandteil kooperativer Netzwerkarbeit einer sozialraumorientierten Jugendhilfe und Bestandteil einer Bildungslandschaft



Wenn Sachsen-Anhalt die Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich als eine lohnende Aufgabe und Investition für die Zukunft ernsthaft wahrnehmen möchte, so müssen neben den Kosten für Ausstattung, Renovierung und Neubauten von Kindertagesstätten, die Rahmenbedingungen für die Fachkräfte deutlich verbessert werden.

Mit der Novellierung des KiFöG Sachsen-Anhalt werden bei den Fachkräften hohe Erwartungen geweckt. Die bestehenden Nachbesserungen, die darauf abzielten, dass die schlechten Rahmenbedingungen von den Fachkräften durch Engagement und Motivation kompensiert werden, gehen an die Substanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gut qualifizierte Fachkräfte verlassen das Land und suchen sich bessere Bedingungen, um ihre erworbenen Fähigkeiten einsetzen zu können. Das neue KiFöG Sachsen-Anhalt muss qualitative Rahmenbedingungen schaffen, um die individuellen Bedarfe von Kindern und Familien fachlich bedienen zu können.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales wird in den nächsten Wochen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Fachkräften und Wohlfahrtsverbänden einen breit angelegten Dialog Kita durchführen. Diese Form der auf Partizipation und Prozessorientierung ausgerichteten Vorarbeit lässt darauf schließen, dass die frühkindliche Arbeit ernst genommen werden soll und Meinungen gehört werden.

Der PARITÄTISCHE und seine Mitgliedsorganisationen werden sich intensiv in die Debatte einbringen.



Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne

**Sparbeschlüsse und Instrumentenreform
gefährden Eingliederung von
Langzeitarbeitslosen**

Die drastischen Kürzungen der Bundesregierung im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung hat bereits im laufenden Jahr 2011 für dramatische Einbrüche bei den Eingliederungsleistungen im SGB II geführt. Es zeichnet sich eine Zweiteilung im Arbeitsmarkt ab: trotz positiver Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bereich des SGB III und schneller Vermittlung der Personengruppen im ALG I-Bezug, gibt es nach wie eine hohe Sockelarbeitslosigkeit bei Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen.

Oftmals sind diese Menschen seit Jahren arbeitslos und gering bzw. gar nicht qualifiziert. Bundesweit beträgt die Zahl etwa 800.000 Personen, davon sind ca. 400.000 Menschen seit Einführung des SGB II im Jahr 2005 ununterbrochen von staatlicher Hilfe abhängig. Diese Entwicklung wird von der Bundesregierung anscheinend ignoriert und nur der Erfolg des Konjunkturaufschwungs positiv »verkauft«. Im Gegenzug wurde das Budget der Eingliederungsleistungen für ALG II – Bezieher um 25% gekürzt. Bundesweit haben diese Kürzungen dazu geführt, dass es 37% weniger öffentliche Beschäftigungsangebote im Vergleich zum letzten Jahr gibt.

Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung hat sich um ein Drittel reduziert (von 285.000

auf 172.000). Das bedeutet, dass vielen langzeitarbeitslosen Menschen eine Chance auf soziale und berufliche Teilhabe bzw. Integration verwehrt bleibt. Hinzu kommt, dass damit die vorhandenen Strukturen der Beschäftigungsunternehmen und erfahrenen Träger von Eingliederungsmaßnahmen massiv in ihrer Existenz bedroht sind. Der PARITÄTISCHE hat dies mit einer aktuellen bundesweiten Umfrage unter Trägern und Projekten belegt und einen Atlas der Kürzungen erstellt. Stammkräftepersonal musste abgebaut werden- hiervon sind insbesondere kleinere Träger betroffen. Auch weitere Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert z.B. die Trägerpauschalen. Es muss damit gerechnet werden, dass in einzelnen Regionen die Strukturen zur qualifizierten Betreuung von Langzeitarbeitslosen nicht mehr aufrecht erhalten werden können.

Die geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird die Situation weiter verschärfen. Mit dem sog. »**Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**«, das im Herbst im Bundestag beraten werden soll, wird der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung regelrecht ausgehöhlt. Das Gesetz soll aus Sicht des Gesetzgebers der Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dienen. Diese werden reduziert und neu geordnet.

Unterstützungsleistungen in bestimmten Arbeitsmarktkontexten

- Beratung und Vermittlung
- Aktivierung und berufliche Eingliederung
- Berufswahl und Berufsausbildung
- Berufliche Weiterbildung
- Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
- Verbleib in Beschäftigung
- Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Grundsätzlich ist eine Reduzierung bzw. Neuordnung der Instrumente zu begrüßen. Diese sind bis dato sehr stark maßnahmeorientiert und für die unterschiedlichen Unterstützungsbedarfe der Menschen nicht genügend »passgenau«. Aus Sicht des PARITÄTISCHEN müssen sich die Förderinstrumente im SGB II stärker von denen der Arbeitsförderung im SGB III unterscheiden: längerfristige Förderungen, die langzeitarbeitslosen Menschen helfen, schrittweise Integrationsfortschritte zu erzielen und die oftmals komplexen Probleme (Sucht, Schulden usw.) zu bearbeiten. Die Förderung muss individueller und zielorientierter ausgestaltet werden, d.h. konsequenter entlang einer individuellen Integrationsstrategie mit daraus abgeleiteter Zielausrichtung.

Die Eingliederungsstrategie würde dann nicht mehr danach bestimmt, ob die Person bestimmte Voraussetzungen erfüllt, sondern die Maßnahme wird danach ausgewählt, ob damit ein individuelles Ziel für die jeweilige Person erreicht werden kann. Diesem Anspruch wird der Gesetzentwurf leider nicht gerecht. Längerfristige Beschäftigungsangebote, die bisher auf der Grundlage des Beschäftigungszuschusses gem. § 16e SGB II möglich waren, werden deutlich eingeschränkt. Die beabsichtigte Beschränkung der Arbeitsgelegenheiten (16d SGB II) auf ausschließlich zusätzliche, wettbewerbsneutrale Tätigkeitsfelder ist völlig kontraproduktiv. Auch für diesen Bereich ist eine weitere deutliche Reduzierung der Maßnahmen vorgesehen. Erforderlich sind jedoch marktnahe Tätigkeitsfelder mit qualifizierenden und sinnstiftenden Tätigkeiten.

Weiterhin lehnt der PARITÄTISCHE gesetzliche Vorgaben zur Kürzung und Festschreibung der Maßnahmekostenförderung (Trägerpauschalen) ab. Die niedrigen Pauschalen werden es zukünftig unmöglich machen, eine Arbeitsgelegenheit als Förderinstrument mit qualifizierenden Inhalten und sozialpädagogischer Begleitung auszugestalten.

Wesentliche Änderungen im SGB III und II

- Aktivierung und berufliche Eingliederung § 45 SGB III
- Neue Anforderungen an Trägerzulassungen (AZWV) § 176 ff SGB III
- Arbeitsgelegenheiten § 16d SGB II
- Förderung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse §16e SGB II (Zusammenlegung von Beschäftigungszuschuss und AGH-Entgeltvariante)

Arbeitsmarktpolitischer Aufruf fordert Rücknahme der Sparbeschlüsse und Kurskorrektur der Bundesregierung

Unter dem Stichwort »**Arbeitsmarktpolitik für alle!**« fordern Fachleute der deutschen Arbeitsmarkt – und Sozialpolitik aus Verbänden, Gewerkschaften und Hochschulen die Bundesregierung zur arbeitsmarktpolitischen Umkehr auf.

Sie fordern:

- eine Rücknahme der Sparbeschlüsse in der Beschäftigungsförderung
- mehr Handlungsspielräume der Jobcenter vor Ort
- mehr sinnvolle Beschäftigungsangebote für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose
- die rechtliche und finanzielle Absicherung von Beschäftigungsunternehmen.

Bitte unterstützen Sie den Aufruf!

Für eine Arbeitsmarktpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt. Sie brauchen dazu lediglich eine Mail mit Namen und Funktion bzw. Organisation an folgende Adresse schreiben: aufruf@arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de

Mit dem Aufruf soll Einfluss auf die Beratungen des Bundestages genommen werden.

Tagungsrückblick: »Region im Wandel - die Zukunft beginnt (jetzt) hier«

Die Region Mansfeld-Südharz hat sich seit der Wende stark verändert und der demografische Wandel ist an unterschiedlichen Faktoren wie Weggang von jungen Menschen, geringe Geburtenrate, Arbeitslosigkeit und Bildungsarmut, hohe Schulabbrecherquote und wenig Zukunftsperspektive für benachteiligte junge Menschen zu spüren.



Trotzdem sollte der Wandel nicht als Sackgasse betrachtet werden, sondern als Chance, mahnte der Jugendamtsleiter des Landkreises Mansfeld-Südharz. Sven Vogler, der die Tagung im Auftrag des erkrankten Landrates Dirk Schatz eröffnete. Um diese Chance zu nutzen, hatte die PARITÄTISCHE Regionalstelle Mitte in Kooperation mit dem PARITÄTISCHEN Jugendwerk zur Zukunftstagung am 23. Juni 2011 ins Kloster Helfta eingeladen. Unter dem Titel »Region im Wandel-Zukunft beginnt (jetzt) hier« wurden Ideen und Erfahrungen ausgetauscht, wie junge Menschen mit Benachteiligung auf ihrem Weg in das Berufsleben unterstützt und sie selbst ihre Berufschancen steigern können. Das Stichwort heißt »kommunale Bildungslandschaft«, was bedeutet, dass alle am Prozess Beteiligten in freiwilligen Netzwerken zusammen arbeiten. In dieser Art Netzwerk sind die pädagogischen Fachkräfte in Schulen, Horten, Berufsschulen und der Jugendhilfe ebenso gefragt wie das Jugend- und Schulamt. Aber auch Berufsausbildung und Unternehmen, Kammern und die Agentur für Arbeit sind wichtige Partner. Durch gegenseitige Information, gemeinsame Ziele und Fortbildung gelingt es, institutionelle Grenzen zu überspringen und gemeinsam Ideen für die Region zu entwickeln.

Dr. Fischer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena informierte über Kommunale Bildungslandschaften und stellte die Erfahrungen aus dem Netzwerk Jena Lobeda vor. Freiwilligkeit in der Zusammenarbeit der Beteiligten aus den unterschiedlichen Systemen und Mut zum unkonventionellen Denken seien gefragt, um wertvolle Ressourcen- und Mittel sinnvoll einzusetzen bzw. zu sparen.

Die im Landkreis neu geschaffene Projektstelle Übergangsmangement Perspektive Berufsabschluss, gefördert von ESF, Bund und Landkreis, wurde von Uda Heller vorgestellt. ist ein

Schritt in die richtige Richtung, die alle Akteure zusammenbringt, um jungen Menschen den Weg in eine Ausbildung oder das Berufsleben zu ermöglichen. Eine enge kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Schule, Schulsozialarbeit, Arbeitsagentur und Firmen gehört dazu. Jugendamtsleiter Sven Vogler und Frank Schröpfer von der Arbeitsagentur werden den Vernetzungswillen im Landkreis unterstützen. Junge Menschen lernen an allen Lebensorten, nicht nur durch schulisches Lernen. Das macht sich z.B. die Produktionsschule aus Leipzig zunutze. Schulleiter Tobias Schmidt stellte dies pädagogisch gestaltete Lerngemeinschaft junger Menschen vor. Sie hat das Ziel, junge Menschen nachhaltig im Arbeitsalltag zu qualifizieren und sozial zu integrieren. Damit baut das Projekt eine Brücke zwischen Jugendhilfe, Schule und Arbeitsleben. In den Workshops kam es zu einem intensiven Austausch, wie die Systeme besser miteinander kooperieren können. SchulsozialarbeiterInnen erreichen Eltern z.B. mit Elterncafés, wo LehrerInnen und Eltern ins Gespräch kommen und sich daraus eine Zusammenarbeit entwickelt. Unternehmerfrühstück und Berufsorientierungsmesse im Berufsbildungszentrum sind ebenfalls gute Möglichkeiten, die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten darzustellen und die Partner zusammen zu bringen. Neben dem Jugendamtsleiter Sven Vogler und Frank Schröpfer, Bereichsleiter der Agentur für Arbeit stellte sich auch der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion André Schröder den Fragen in der Podiumsdiskussion. André Schröder lobte den Ansatz der Tagung und betonte wie wichtig es ist, alle jungen Menschen mitzunehmen, um ihnen die Chance auf einen Schulabschluss zu geben. Trotz schwieriger Haushaltslage müssen Beratungsangebote für Bürger und Mittelstand im Focus stehen. Unter einer guten Landespolitik verstehe er eine gute Bevölkerungspolitik.

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat mit dieser landesweiten Tagung die Akteure aus Schule, Jugendhilfe, Jugendberufshilfe, Arbeitsagentur, Jobcentern, Jugendämtern und Politik an einen Tisch gebracht und den Austausch ermöglicht. Im Sinne der Verstetigung haben wir damit einen Anstoß zur Vernetzung hin zu kommunalen Bildungslandschaften gegeben. Die TagungsteilnehmerInnen waren sich einig, dass es viele und unkonventionelle Ideen braucht, um allen jungen Menschen eine Chance auf eine gute Bildung und berufliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Powerpoint-Präsentationen finden Sie auf der Homepage des PARITÄTISCHEN Landesverbandes unter www.paritaet-lsa.de

Fit sein zwischen Systemen – Ein Fortbildungskurs Erfahrungen einer Kursleiterin

Die kooperative Zusammenarbeit zwischen Schule und einem außerschulischen Träger der Jugendsozialarbeit ist für viele Schulen ein noch recht junges Konzept. Viele Hoffnungen knüpfen sich an diese Kooperation. Vor allem Lehrkräfte erhoffen Unterstützung und auch Entlastung von den vielfältigen Aufgaben, die sie neben dem Lehrauftrag zu bewältigen haben. Aber auch Eltern und Vertreter der Jugendhilfe stellen hohe Ansprüche an die Arbeit einer Schulsozialpädagogin.



Daran knüpfen sich auch »Gefahren«. SchulsozialpädagogInnen werden zu Hoffnungsträgern und drohen im Zusammenspiel der Systeme (Schule, Familie, Jugendhilfe, andere Beteiligte, ...) mit der Aufgabenfülle überfordert zu werden. Vielmehr ist es hilfreich, partnerschaftlich, gemeinsame Aufgabenschwerpunkte zu fokussieren und konzeptionell sowohl schulische Ressourcen als auch sozialpädagogische Inhalte und Methoden zusammenfließen zu lassen.

Schulsozialarbeit gelingt vor allem in der Kooperation mit den Lehrerinnen und Lehrern an einer Schule. Die Entwicklung von Handlungsansätzen in der Schule im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die Unterstützung im (Zusammen-) Lernen und Leben bedürfen, geht einher mit der Entwicklung von Schulkonzepten und neuen Herangehensweisen von allen Gestaltenden im Schulalltag. Schulsozialarbeit kann und soll diese Prozesse unterstützen.

Der dritte Kurs »Fit sein zwischen Systemen. Schulerfolg sichern, durch zielgerichtetes, multiprofessionelles Handeln« ist mit einem feierlichen Abschlusskolloquium am 28.05.2011 beendet worden. Veranstalter war das PARITÄTISCHE Bildungswerk Sachsen- Anhalt. Es war der erste Kurs, der vollständig als Tandemkurs durchgeführt wurde. Die Erfahrungen aus inzwischen 3 Fortbildungskursen zu diesem Thema zeigen, dass im Tandem »Lehrkraft - SchulsozialpädagogIn« eine besondere Kraft liegt. Die unterschiedlichen Professionen bereichern sich gegenseitig in einem Maße, welches durch Inhalte und fachlich multiperspektivische ReferentInnen nicht erreicht werden kann.

Es ist ein großes Glück, die Chance zu haben, eine Gruppe als Kursleiterin in einer Fortbildungsreihe begleiten zu dürfen. Diese Erfahrung habe ich im Tandemkurs machen dürfen. Es ist sehr bereichernd, die geteilten Erfahrungen und das Herzblut der Kursteilnehmerinnen zu erleben, mit welchen sie den Alltag an der Schule gestalten. Achtsam, wertschätzend und zugleich kritisch hinterfragend wurden die Themen auf ihren Alltagsgehalt, ihre Konstruktivität überprüft und die Beiträge der Teilnehmerinnen auf ihre Übertragbarkeit auf die eigene Praxis bewertet. Skeptisch war mancher Blick und doch neugierig und offen die Haltung. Es ist gelungen, eine Atmosphäre zu erzeugen, die Offenheit, Geduld, Toleranz und Akzeptanz ermöglichte. Den erfahrenen ReferentInnen gelang es, Begeisterung zu wecken, Ideen zu entwerfen und Potentiale zu entwickeln. Wir konnten auf erfahrene ReferentInnen zählen, die fit zwischen Systemen sind und methodisch, fachlich-inhaltlich sehr gut auf die Bedarfe der Lehrkräfte und SchulsozialpädagogInnen eingingen. Großartig war das Gefühl, aufgeregte, unter Spannung stehende KollegInnen zu sehen, die gut vorbereitet ihre Praxisprojekte präsentierten.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass das notwendige Rüstzeug bei vielen SchulsozialarbeiterInnen noch nicht vorhanden ist. Um im hochkomplexen Gefüge zwischen Schule, Familie, Jugendhilfe, Berufsorientierung etc. sicher agieren zu können, bedarf es spezifischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag einer Schule kann maßgeblich durch sozialpädagogische Angebote unterstützt werden. Auch, wenn das Angebot neben dem schulischen Alltag

Informationen



Daran knüpfen sich auch »Gefahren«. SchulsozialpädagogInnen werden zu Hoffnungsträgern und drohen im Zusammenspiel der Systeme (Schule, Familie, Jugendhilfe, andere Beteiligte, ...) mit der Aufgabenfülle überfordert zu werden. Vielmehr ist es hilfreich, partnerschaftlich, gemeinsame Aufgabenschwerpunkte zu fokussieren und konzeptionell sowohl schulische Ressourcen als auch sozialpädagogische Inhalte und Methoden zusammenfließen zu lassen.

Schulsozialarbeit gelingt vor allem in der Kooperation mit den Lehrerinnen und Lehrern an einer Schule. Die Entwicklung von Handlungsansätzen in der Schule im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die Unterstützung im (Zusammen-) Lernen und Leben bedürfen, geht einher mit der Entwicklung von Schulkonzepten und neuen Herangehensweisen von allen Gestaltenden im Schulalltag. Schulsozialarbeit kann und soll diese Prozesse unterstützen.

SchulsozialpädagogInnen im Zusammenspiel mit Lehrkräften in einer Fortbildungsreihe können sehr voneinander profitieren. Nach Aussage einer teilnehmenden Schulleiterin ist nicht nur die Professionsmischung ausschlaggebend für einen gewinnbringenden Austausch, sondern auch der Altersunterschied der KursteilnehmerInnen. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt liegt bei ca. 53 Jahren, die SchulsozialpädagogInnen sind deutlich jünger. Diese Erfahrungen teilen ihre Kolleginnen im Kurs und in der Schule.

Eine weitere Lehrerin beschrieb die große Offenheit, die Anerkennungs- Komplimentkultur in einer fehlerfreundlichen Umgebung wie in diesem Tandemkurs, als erfreulich, mitreißend und gleichzeitig als noch sehr fremd.

Diese Gedanken auf den Schulkontext zu übertragen, anstatt Defizitblick und negativer Totschlagargumente wie z.B. »das geht so nicht« und »wir haben das schon immer so gemacht«... ist nicht immer leicht. Sie wünschte sich mehr Möglichkeiten, Erfahrungen und Erlebnisse des Kurses in ihre Schule mitzunehmen, da dies dort noch nicht in allen Bereichen zur Kultur gehört.

Ein Schwerpunkt im Curriculum war die Entwicklung eines positiven (Berufs-) Selbstbildes über die Auseinandersetzung mit den Rollenbildern im System Schule. Dies führt zu einer positiven Imageentwicklung an den Schulen. Doch diese positiven Entwicklungen konnten noch nicht überall Fuß fassen.

Die Teilnehmenden haben sich engagiert in die Fortbildung eingebracht und stießen in ihren Schulen nicht immer auf Verständnis und offene Ohren. (Das hatte zur Folge, dass Lehrkräfte nicht immer freigestellt wurden und Bedauern über das Fernbleiben der SchulsozialpädagogInnen geäußert wurde.) Ein Praxisprojekt für die Schule zu entwickeln, sich Zeit zu nehmen für ein hilfreiches, fachlich anspruchsvolles Konzept, Kontakte zu Partnern zu knüpfen und SchülerInnen, Eltern, Lehrkräfte als Zielgruppe zu gewinnen erfordert zusätzliche Anstrengungen. Von allen TeilnehmerInnen wurden diese Erfahrungen als positive, wirksame und lohnende Aufgaben beschrieben. »Aber wir werden manches Mal belächelt«, gab eine Lehrerin zu. »Meine KollegInnen sagen dann: du hast wohl noch nicht genug zu tun?«.

Was bleibt ist die Erinnerung an eine Gruppe von Kolleginnen, die sehr aufgeschlossen, neugierig, hilfsbereit und motiviert einander Geduld, Achtsamkeit, Freundlichkeit und all ihre Erfahrungen zur Verfügung stellte. Inhaltlich wurde das Curriculum von den Kursteilnehmern als bedarfsgerecht und passgenau beschrieben. Die Kultur der Gruppe, die eingebrachten Erfahrungen und das Engagement, Schulerfolg mitzugestalten, bereicherten und ergänzten den fachlichen Input.

Katrin Hinne

(Diplompädagogin, Systemische Einzel-, Paar- und Familientherapeutin (DGFS), systemische Supervisorin, Coach) arbeitet seit 13 Jahren im Rückenwind e.V. Schönebeck und beschäftigt sich dort mit Themen der schulbezogenen (Sozial-)Arbeit, vor allem bei Schulversagen, Schulverweigerung.



Ihr Aufgabenfeld umfasst Beratung, Coaching und Supervision von Lehrkräften, Schulleitungen und Teams, auch aus der sozialen Arbeit. Weitere Aufgaben sind Fortbildungen und Trainings zu Themen, wie Schulversagen / Schulverweigerung, Kommunikation, Burnout, u.ä.

Aktuell arbeitet sie Netzwerkkoordinatorin der Netzwerstelle für Schulerfolg im Salzlandkreis des Rückenwind e.V. Schönebeck.

Tagungsrückblick »JUNGE WILDE« Neue Klientel • Neue Herausforderungen an die Hilfesysteme!?

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat gemeinsam mit dem PARITÄTISCHEN Sozialwerk Kinder- und Jugendhilfe, dem AWO Landesverband Sachsen-Anhalt, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Landkreis Börde und dem Landkreis Börde am 30. März 2011 in die Jugendbildungsstätte Peseckendorf eingeladen, um einen ersten Themenaufschlag zu machen und um im Berufsalltag bessere Lösungen für die KlientInnengruppe zu finden.



Fotos (2): isa_i_motion

Um wen ging es nun aber, wenn von »Jungen Wilden« die Rede war und was waren die Ziele dieser Veranstaltung?

Nach der Wahrnehmung der InitiatorInnen nimmt die Zahl »schwieriger« junger Menschen zu. Gemeint sind junge Erwachsene, die irgendwie noch nicht »so richtig« im Leben angekommen sind; junge Erwachsene, die z. T. aus Problemfamilien kommen, junge Erwachsene, ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, ohne Job. Gemeint sind junge Erwachsene, die sich in Konflikten verstricken und die z. T. Strukturen bestehender Hilfesysteme sprengen. Oftmals werden diese jungen Menschen von Institution zu Institution, von Amt zu Amt »weitergereicht« oder sie bekommen erst gar keine Hilfe, weil sie als hilferesistent gelten. Diese »Jungen Wilden« sind junge Menschen mit erkennbar komplexem Unterstützungsbedarf. In diesem Sinne sind sie kein »neues« Klientel«, wie es etwas Streitbar im Untertitel dieser Fachtagung benannt wurde. Festzuhalten bleibt aber, dass professionelle HelferInnen in den verschiedenen Systemen – wie Klinik, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Jobcenter oder auch gesetzliche Betreuung – vermehrt mit dieser Klientel zu tun haben.

Zu dieser Thematik und den sich daraus ergebenden Fragestellungen wollten die Veranstalter mit den Teilnehmenden ins Gespräch kommen, um neue Hilfeansätze zu diskutieren und

um gemeinsam zu überlegen, wie dieser KlientInnengruppe durch mehr Kooperation der Hilfesysteme bessere Unterstützungsangebote gemacht werden können. Wie wichtig diese Thematik auch für die Verwaltung ist, bewies die Schirmherrschaft der Fachtagung, die der damalige Landrat des Landkreises Börde, Herr Thomas Webel übernommen hatte.

Die Fachtagung stieß im Vorfeld auf sehr großes Interesse, ca. 200 Anmeldungen gingen bei den Veranstaltern ein, ca. 90 konnten aufgrund

begrenzter Kapazitäten berücksichtigt werden. Die Teilnehmenden waren Fachkräfte aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Im ersten Teil des Tages wurden diese 'neuen' KlientInnen durch die eingeladenen ReferentInnen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.

Nach der Begrüßung und der Eröffnung durch den Schirmherren Herrn Webel und dem Moderator der Tagung, Herrn Ralf Hattermann, erfolgte zunächst die Betrachtung mit einer klinischen Sicht auf die »Jungen Wilden«. Diesen Blickwinkel beleuchteten Frau Anke Kasner, Chefarztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie der AMEOS Krankenhausgesellschaft Börde und Frau Angela Beilecke, Leiterin der Institutsambulanz und der Tagesklinik des AMEOS Klinikum mit einem Problemaufriss der KlientInnengruppe und mit eindrucksvollen Fallbeispielen aus ihrer Praxis. Der klinischen Sicht auf die Betroffenen folgte die Jugendhilfe und deren Sicht auf die »Jungen Wilden«. Aus diesem Blickwinkel referierte Herr Mirko Günther, Geschäftsbereichsleiter des PARITÄTISCHEN Sozialwerkes Kinder- und Jugendhilfe und Mitveranstalter dieser Fachtagung. Herr Günther stellte fest, dass die Jugendhilfe mit dem § 13 SGB VIII Jugendsozialarbeit ein entsprechendes 'Werkzeug' bereits in der Hand hat und er sprach sich für mehr Forschung

Informationen

im Praxisfeld des Zusammenspiels zwischen Hilfen zur Erziehung und der Kinder- und Jugendpsychiatrie aus. Vor dem Hintergrund, dass die „Jungen Wilden“ zunehmend in den Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe auftauchen, wo sie »eventuell« nicht hingehören (z. B. in WfbM), wurde im Folgenden ein „Bild eines Leistungserbringers der Eingliederungshilfe“ präsentiert. Frau Nicole Strauß, Leiterin des - Betreuten Wohnen für Menschen mit seelischen Behinderungen KONTRA (DRK) aus Oschersleben und ihre Mitarbeiterin Frau Christine Lempke erklärten anhand von Fallbeispielen aus ihrer Praxis eindrucksvoll, dass sie, [...] eigentlich gescheitert sind“ und sie plädierten dafür, von einer differenzierten zu einer ganzheitlichen Handlungsweise überzugehen. Herr Wolfgang Schumacher ist Geschäftsführer des Jobcenter Börde und ließ dann die Teilnehmenden teilhaben an seinen Blickwinkel auf die »Jungen Wilden« aus der Sicht der Jobcenter. Der folgende Referent, Herr Prof. Dr. Peter Schruth, Professor für Recht in der Sozialen Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal, referierte dann unter dem Titel »Junge Wilde im Wirrwarr des Sozial(Rechts)« zu

Anforderungen, Zuordnungen und Anwendungsbereiche des Sozialrechts. Auch Herr Prof. Schruth sprach sich für eine vorrangige Anwendung des SGB VIII aus, insbesondere der §§ 13 und 41 SGB VIII. Der erste Teil der Fachtagung wurde abgerundet von Herrn Dr. Titus Simon, bis 2010 Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal, der sich mit kooperativer Hilfeplanung in Bezug auf die »Jungen Wilden« auseinandersetzte.

Der zweite und gleichzeitig abschließende Teil des Tages war dann eine Podiumsdiskussion mit anschließender Plenumsdiskussion, die von Herrn Dr. Hennig Daßler moderiert wurde und zu der neben Herrn Prof. Schruth und Herrn Dr. Simon ebenso Frau Simone Borris, Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes Magdeburg, Frau Dr. Steffi Draba, Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Stadt Halle/Saale sowie Frau Kathrin Müller, Leiterin des Jugendamtes des Landkreises Stendal auf dem Podium Platz nahmen. Der eingeladene Vertreter des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, musste kurz vor Beginn der Tagung leider gesundheitsbedingt absagen.

Die Diskussion sowie das Resümee von Herrn René Grummt, Psychiatriekoordinator des Landkreises Börde und Mitveran-

stalter, machten deutlich, dass es eine abschließende Lösung zum Umgang mit den »Jungen Wilden« zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geben könne. Jetzt gelte es, alle Beteiligten aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, den Sozial- und Jugendämtern, der Krankenkassen, der Jobcenter und auch des Sozialministeriums an einen Tisch zu holen, um gemeinsame Hilfeplanungen für Betroffene zu organisieren und um vorhandene Ressourcen und Zuständigkeiten im Sozialrecht (etwa im Bereich der Jugendsozialarbeit) optimaler zu nutzen, damit die »Jungen Wilden« nicht weiterhin durch alle Raster fallen.



Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass mit dieser Fachtagung ein guter Anfang gemacht wurde. In einem nächsten Schritt sollten die VertreterInnen der Einrichtungen konkreter eingebunden werden, z. B. in Workshops, um wirksame Hilfesysteme für die Jugendlichen entwickeln zu können.

Das betrifft vor allem den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch den Bereich der Eingliederungshilfe, aus dessen Handlungsfeld die Mehrheit der Teilnehmenden auf der Fachtagung vertreten waren.

Entsprechende Überlegungen der Fortführung und Beschäftigung mit der Thematik werden aktuell von den InitiatorInnen der Veranstaltung unternommen und werden mit Sicherheit in weiteren Veranstaltungen münden.

Die Tagungsdokumentation zur Fachtagung in Form der Präsentationen der ReferentInnen finden Sie auf unserer Homepage unter »Fachinformationen Behindertenhilfe«.

Aktuelle Pflegestatistik: Sachsen-Anhalt mit hohem Anteil Pflegebedürftiger

Das Statistische Bundesamt und das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt haben Zahlen der aktuellen Pflegestatistik veröffentlicht. Nach diesen lebten zum Stichtag 15.12. 2009 80.667 pflegebedürftige Menschen in Sachsen-Anhalt und somit 5.053 Pflegebedürftige mehr als im Jahr 2005. Mehr als zwei Drittel (67,5%) der Pflegebedürftigen im Land sind Frauen, ein Drittel (32,5%) Männer.

Das Bundesland weist mit 3,42% einen im Verhältnis sehr hohen Anteil von Menschen mit Pflegebedarf an der Gesamtbevölkerung auf, dieser Wert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (2,86%) und wird lediglich in Mecklenburg-Vorpommern übertroffen (3,72%). Die Pflegequote steigt wie zu erwarten mit dem erreichten Lebensalter stark an. So sind unter den 75-84jährigen Personen 16,2% pflegebedürftig, bei den über 90-Jährigen mit 67% mehr als zwei Drittel (vgl. Abbildung).

Innerhalb des Bundeslandes stellt sich Anteil der Pflegebedürftigen sehr heterogen dar: Sind in der Stadt Magdeburg 2,67% der Bevölkerung pflegebedürftig, beträgt dieser Anteil im Landkreis Mansfeld-Südharz 4,2%.

Versorgungssituation: Pflege zu Hause im Vordergrund

Von den 80.667 Pflegebedürftigen im Land werden mehr als zwei Drittel (68,7%) zu Hause versorgt, wobei dort die Pflege durch Angehörige im Vordergrund steht: So werden 62,5% der zu Hause lebenden Pflegebedürftigen ausschließlich durch Angehörige betreut, 37,5% durch ambulante Pflegedienste. Knapp ein Drittel der Pflegebedürftigen (31,3%) lebt in Einrichtungen der vollstationären Pflege.

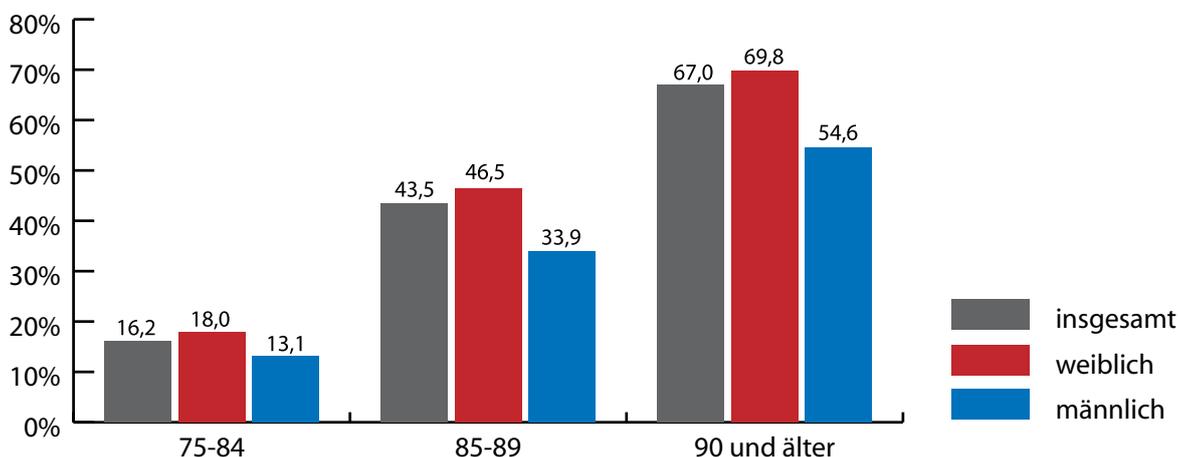
Angebote der teilstationären Pflege sowie Kurzzeitpflege wurden in weitaus geringerem Maß in Anspruch genommen: Von den 80.667 Pflegebedürftigen nutzten 706 Personen Angebote der teilstationären Pflege (Tages- und Nachtpflege) und 578 Personen das Angebot der Kurzzeitpflege.

Betreut werden die Pflegebedürftigen durch 511 ambulante Dienste und 438 stationäre Pflegeheime (Einrichtungen der Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflege sind hier subsummiert), die im Land 27.599 stationäre Plätze vorhalten. In den Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten sind insgesamt mehr als 25.000 Personen beschäftigt, davon 7.904 im ambulanten Bereich und 17.301 in Pflegeheimen. Die durchschnittliche Auslastung in der vollstationären Dauerpflege beträgt 92,6%.

Befinden sich mehr als zwei Drittel der ambulanten Dienste in privater Trägerschaft (67%), werden stationäre Angebote mehrheitlich durch frei gemeinnützige Träger 55% vorgehalten. Durch öffentliche Träger werden 14 stationäre Einrichtungen und 5 ambulante Dienste betrieben.

Weitere Daten der Pflegestatistik sind auf der Homepage des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt www.paritaet-lsa.de bzw. unter www.statistik.sachsen-anhalt.de oder www.destatis.de zu finden.

Pflegequote in Sachsen-Anhalt nach Alter und Geschlecht 2009





Andreas Gramatke



Siegfried Hutsch

Qualitätsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung präsentierte QM-Handbuch

Nach knapp fünf Jahren intensiver Arbeit mit zahlreichen, oft auch kontrovers, aber immer zielgerichtet geführten Diskussionen war es am 17. Mai 2011 soweit: Die PARITÄTISCHE Qualitätsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung präsentierte ihr Qualitätshandbuch.

Inhaltlich umfasst das QM Handbuch 25 Leitfäden. Mitgearbeitet haben an der Entstehung folgende Mitgliedsorganisationen: Trägerwerk Soziale Dienste, Jugendwerk Rolandmühle Burg, Albert-Schweitzer Familienwerk, Jugendförderzentrum Gardelegen, Kinder- und Jugendhilfswerk Gernrode, Die Brücke Magdeburg e.V., Soziabell e.V. Freie Jugendhilfe Magdeburg, Sozialtherapeutisches Zentrum Gut Priemern gGmbH, Nestwärme e.V. Schönebeck, Sozialzentrum Bode e.V., PARITÄTISCHES Sozialwerk Kinder- und Jugendhilfe gGmbH sowie das Kinder- und Jugendheim »Adolf Reichwein« Schloss Pretzsch der Salus gGmbH.

Mit den Leitfäden wurden Mindeststandards aufbereitet, die die Mitglieder in ihren Einrichtungen und Diensten umsetzen werden und/ oder dies bereits schon tun. Die Leitfäden geben Hilfestellungen bei der Umsetzung der Qualitätsstandards und lassen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort ausreichend Handlungsmöglichkeiten zur Ausgestaltung. Denn für die beteiligten Mitgliedsorganisationen ist eine Qualitätsmerkmal von elementarer Bedeutung: die aktive und prozessorientierte Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern und die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese bilden die Basis für ein kooperatives, prozessorientiertes Qua-

litätsmanagement. Die Leitfäden »Beschwerdemanagement für Kinder, Jugendliche, Familien und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter«, zu Mitarbeitergesprächen, Personalentwicklung sowie den Leitfäden »der erste Tag in der Einrichtung«, »Erziehungs- und Hilfeplanung«, »Gremien für Kinder und Jugendliche« sowie »Leitfaden zur Tagesgestaltung« belegen, die prozessorientierte Ausrichtung.

Der Leiter des Landesjugendamtes, Herr Andreas Gramatke, der mit einem Grußwort der Präsentation beiwohnte hat unter der gesetzlichen Neuentwicklung des Bundeskinderschutzgesetzes die Leitfäden und die Arbeit hervorgehoben. »Die Einrichtungen sind mit diesen Leitfäden gut aufgestellt, denn sie entsprechen den Anforderungen der Kinder- und Jugendhilfe an die Zukunft«.

Die Präsentation wurde in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht und von Rundfunk- und Fernsehsendern ausgestrahlt.

Der PARITÄTISCHE bedankt sich an dieser Stelle bei seinen Mitgliedern, die über die lange Zeit sehr aktiv und intensiv an der Entstehung dieser Leitfäden mitgewirkt haben.

Wildwasser Magdeburg e.V.: »Wir sind dabei...«

Wildwasser Magdeburg e.V. wird Teil der Bundesweiten Fortbildungsoffensive 2010-2014 zur Stärkung der Handlungsfähigkeit (Prävention und Intervention) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe zur Verhinderung sexualisierter Gewalt.

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit 3 Mio. Euro geförderte Modellprojekt richtet sich sowohl an Fachkräfte (z.B. ErzieherInnen und PädagogInnen) und ehrenamtliche MitarbeiterInnen, die in (teil-)stationären Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe tätig sind als auch an die Leitungskräfte dieser Institutionen. Die Bundesweite Fortbildungsoffensive zielt darauf ab, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nachhaltig vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund geboten, dass die in den Einrichtungen lebenden Mädchen und Jungen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial aufweisen, sei es aufgrund vorheriger Gewalterfahrungen und/oder geistiger bzw. körperlicher Beeinträchtigungen. In vielen Einrichtungen besteht jedoch nach wie vor ein eklatanter Mangel an Fachkenntnissen zum Thema sexualisierte Gewalt. Die EinrichtungsleiterInnen und MitarbeiterInnen werden umfassend zum Themenschwerpunkt sexualisierte Gewalt fortgebildet und dabei unterstützt, institutionelle Strukturen aufzubauen, die sexualisierte Gewalt verhindern sollen, indem einrichtungsspezifische Risikopotenziale abgebaut und verbindliche Verfahren für den Umgang mit vermuteten und erwiesenen Fällen von sexualisierter Gewalt eingerichtet werden.

Um bundesweit möglichst vielen (teil-)stationären Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe die Teilnahme am Modellprojekt zu ermöglichen, werden die Fortbildungen kostengünstig angeboten und individuell an die Bedürfnisse der Einrichtungen angepasst. Auf diesem Weg trägt die Bundesweite Fortbildungsoffensive dazu bei, insgesamt eine auf Prävention ausgerichtete Haltung und Kultur in den Einrichtungen zu etablieren.

Durchgeführt wird dieses Modellprojekt von der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. (DGfPI) in Kooperation mit bundesweit 18 Fachberatungsstellen, wobei Wildwasser Magdeburg e.V. als eine ausgewählt wurde. Berichte und Veröffentlichungen von sexualisierter Gewalt Betroffenen in Kirchen, Schulen und Internaten führten im letzten Jahr zu einer zunehmenden Enttabuisierung, breiten medialen Präsenz und öffentlichen Debatte des Themas »sexualisierte Gewalt« in Deutschland. Die Bundesregierung installierte daraufhin den »Runden Tisch Sexueller Kindesmissbrauch

in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich« mit dem gemeinsamen Vorsitz der drei Bundesministerinnen: Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin für Justiz, und Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen und des Runden Tisches finden Sie unter www.rundertisch-kindesmissbrauch.de. Lesenswert ist weiterhin der Abschlussbericht von Frau Dr. Bergmann als »Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs« unter www.beauftragte-missbrauch.de. Die Fachberatungsstelle Wildwasser Magdeburg e.V. leistet seit 1993 Beratungs-, Präventions- und Netzwerkarbeit zum Schutz vor sexueller Gewalt für Betroffene, Unterstützungspersonen und Fachkräfte. Dabei ist das interdisziplinäre Team eingebunden in regionale und landesweite Netzwerke und Kooperationen und fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung für u.a. LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und KrankenpflegerInnen. Die Beratung von ca. 450 Ratsuchenden und die Durchführung von über 50 Fortbildungen im Jahr 2010 können nur exemplarisch als zwei Zahlen der umfangreichen Arbeit der Beratungsstelle benannt werden. Ausführlichere Informationen finden Sie über die Homepage und im Jahresbericht 2010.

Weitere Informationen und Kontakt:

DGfPI e.V.
Sternstrasse 58,
40479 Düsseldorf
Tel.: 0211 | 4976 80 0 • Fax: 0211 | 4976 80 20
www.dgfpi.de • E-Mail: info@dgfpi.de

Für direkte Anfragen in Sachsen-Anhalt:

Wildwasser Magdeburg e.V.
Ritterstraße 1 • 39124 Magdeburg
Tel. 0391 / 251 54 17 • Fax 0391 / 251 54 18
www.wildwasser-magdeburg.de
E-Mail: info@wildwasser-magdeburg.de





BVIK gGmbH Köthen: Dienstleister mit Qualitätssiegel Gemeinwohlarbeit

Im vorigen Jahr konnten wir davon berichten, dass wir dem Qualitätsverbund Gemeinwohlarbeit, einem Modellprojekt aus Nordrhein-Westfalen, beigetreten sind und als erste Organisation des Landes Sachsen-Anhalt das Qualitätssiegel Gemeinwohlarbeit erlangten. Damit fühlt man sich der Umsetzung von Qualitätsstandards bei der Durchführung und Organisation von Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II verpflichtet und richtet ein verstärktes Augenmerk auf die Orientierung dieser Beschäftigungsmaßnahmen am Gemeinwohl.

Nun nach einem Jahr lässt sich sagen, dass die Arbeit mit den Qualitätsentwicklungszielen uns insgesamt voran gebracht hat. Trotz Instrumentenreform und Rückgang in der Beauftragung mit der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten haben wir es uns nicht nehmen lassen, wieder zum Qualitätsworkshop in die 5 Autostunden entfernte Landeshauptstadt Düsseldorf nach Nordrhein-Westfalen zu reisen.

Grund: Wir leisten unsere Arbeit auf dem Gebiet der Arbeitsförderung und Integration, die auch soziale Betreuung im Rahmen der Beschäftigungsmöglichkeiten gemäß SGB II umfasst, mit Überzeugung! Wir sind davon überzeugt, dass

man langzeitarbeitslose Menschen nicht »so einfach aus Kostenspargründen auf ein Abstellgleis schieben« kann und wir wissen aus der langjährigen Erfahrung unserer Arbeit, dass andererseits eine Vielzahl von ihnen nicht mehr auf den allgemeinen ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln ist – die persönlichen Voraussetzungen fehlen, daran ändern auch die Arbeitsgelegenheiten nichts, und der Großteil von Arbeitsplätzen mit einfachen Anforderungen ist nicht mehr vorhanden. Also liegt es in unserer Verantwortung, nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen – und welche bessere Empfehlung kann es da geben, als Qualität – Qualität bei der Gemeinwohlarbeit.



Im kollegialen Austausch wurde belegt, dass die Standards und Anforderungen den Regularien des Qualitätsverbundes entsprechend erfüllt werden, und wiederum für das kommende Jahr wurden Qualitätsentwicklungsziele zur kontinuierlichen Verbesserung der Arbeit vereinbart. So gehören zur Integrationsbegleitung während der geförderten Beschäftigung eine Reihe persönlicher Gespräche, die in effektiver und ansprechender Form zu dokumentieren sind und somit fester Bestandteil der Betreuung von Arbeitsgelegenheiten zu sein haben. Mit der speziellen Dokumentation der »Nichtvermittelbarkeit« bei einer großen Vielzahl von Fällen wollen wir auf die tatsächliche, aktuelle Situation aufmerksam machen und die Suche nach Lösungswegen unterstützen. Sowohl die passgenaue Qualifizierung des langzeitarbeitslosen Menschen, passgenau im Sinne von angebracht und sinnvoll, mitunter also auch ganz einfach und noch im niedrighwelligen Bereich der Arbeitsförderung, als auch die Schulung, der mit der Anleitung und Betreuung beauftragten Mitarbeiter, sollen dabei ein Schwerpunkt sein, und das wiederum muss bei der Bemessung der Fördermittel Berücksichtigung und somit seinen Niederschlag finden.

Unser Mitarbeiterteam sieht in unserer Aufgabenstellung nicht einfach »nur seinen Job«, sondern die Unterstützung unserer TeilnehmerInnen in einer schwierigen, in nicht wenigen Fällen von Armut und Aussichtslosigkeit bedrohten Lebens-

situation ist für uns tägliche Herausforderung, der wir uns mit Engagement stellen. Im Umgang mit den in Maßnahmen beschäftigten TeilnehmerInnen sind wir fair, kompetent, verlässlich. Das ist unser Anspruch entsprechend unserer vom Leitbild geprägten Arbeit.

Diese und andere Punkte in den Themenbereichen Integrationsbegleitung, Einsatzstellen, Anleitung und Qualifizierung sind Bestandteile des Qualitätsaudits Gemeinwohl Arbeit, deren Erfüllung zum Verteidigen des Qualitätssiegels geführt hat. Offensichtlich hat unsere Beteiligung am Wirken des Qualitätsverbundes dazu geführt, dass demnächst dieser Qualitätsworkshop auch in Sachsen-Anhalt angeboten wird, um weitere Interessenten aus den östlichen Bundesländern zu gewinnen.

Zu unseren Visionen gehört, neue Projekte zu etablieren, neue Fördermöglichkeiten zu erschließen, unsere Angebotspalette zu erweitern. Die Mitwirkung im 2006 gegründeten Netzwerk ZAB »Zukunft durch Arbeit und Bildung« der regionalen Beschäftigungs- und Bildungsträger im Raum Köthen/Anhalt bleibt dabei ein Schwerpunkt unserer Arbeit, zu deren Inhalt die Einführung und Beibehaltung von Qualitätsstandards für eine gemeinwohlorientierte Beschäftigung zählt. Zu den Zielsetzungen muss aus unserer Sicht die Schaffung alternativer Formen von Arbeit gehören, um zur sozialen Teilhabe für ansonsten dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Personengruppen beizutragen.

Kontakt:

BVIK gGmbH
Kirchstraße 1a / b
06366 Köthen/Anhalt

Telefon 03496 405523
Telefax 03496 405519
Mobil 0176 177 222 02
E-Mail: annette.schermuck@bvik.de





Wiener Straße 2
39112 Magdeburg

Telefon: 0391 | 6293333
Telefax: 0391 | 6293555

E-Mail: info@mdlv.paritaet.org
www.paritaet-lsa.de